

Geheim täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1892 unter Nr. 4652.

# Arbeiter

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ernst Spröckh - Aufsicht: Amt 1, Nr. 4185.

# Berliner Volksblatt.

## Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Freitag, den 6. Mai 1892.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

### Maitag in London.

London, den 2. Mai.

Das größte Meeting, das London noch gesehen — das ist das einstimmige Urtheil über die gestrige Maidemonstration im Hyde Park. Was ich Ihnen in meinem letzten Briefe über die Aussichten der Feier schrieb, hat sich glänzend bewahrheitet. Auf 500 000 Köpfe schätzte John Burns gestern die Zahl der Teilnehmer, und die Presse stimmt ihm bei. Eine niedrigere Zahl, schreibt ein Berichterstatter, würde schwerlich einer gebührenden Berücksichtigung des gewaltigen Terrains zwischen der Linie, welche der Zug nahm, und dem Kreisabschnitt, den die 16 Plattformen bildeten, gerecht werden. So weit das Auge reichte — und weiter — ergoss sich der schwarze Strom, bis man nichts unterscheiden konnte als ein einziges großes Menschenmeer und das Auge einen Ruhepunkt suchte in dem Anblick der feidenen Banner, die zwischen den Bäumen sowohl hin und her wogten oder quadratförmig um die Hauptplattformen gruppiert waren.

Man muß indeß nicht meinen, daß es während der ganzen für die Demonstration im Park angelegten Zeit — 1/8 Uhr bis 5 Uhr Nachmittags — je dazu gekommen wäre, daß man hätte sagen können, nun sind alle theilnehmenden Organisationen bei den Plattformen angelangt. Weniger als je war das in diesem Jahre der Fall. Der mächtige Zug, der in stattlicher Breite vom Victoria Embankment her, wo die verschiedenen Einzelorganisationen mit ihren Bannern und Muscheln sich zu einem einzigen mit ihrem Körper formirt, in den Park einmarschierte, war bei Weitem noch nicht zu Ende, als die Reden auf den Plattformen längst vorüber waren. Man wird das nächste Mal wohl oder übel auf die Bildung eines einheitlichen Zuges verzichten und zwei oder drei Zentral-Aufstellungsplätze ansetzen müssen, um den Uebelstand zu vermeiden, daß Arbeiter, die vom frühen Morgen an unterwegs sind, erst an den Zentralpunkt der Demonstration anlangen, wenn der Hauptakt derselben bereits vorüber ist. Gewiß liegt nicht allzuviel an den Reden, die an einem solchen Tage gehalten werden können, noch an der formellen Abstimmung — die Thatsache des Zusammenströmens der Massen zu einem bestimmten gegebenen Zweck giebt dem Tag seine Bedeutung. Aber von Werth bleibt es darum doch, daß mindestens einmal an dem Tage Alle, die der gleiche Gedanke zusammenführt, zu gemeinsamer Bekundung ihrer Ideen beisammen sind. Wenn auch gestern wieder Tausende — nein, Zehntausende nicht an der Abstimmung theilnehmen konnten, die nach Anordnung des Organisations-Komitees um Punkt 5 Uhr von allen Plattformen herab vorgenommen wurde, so war dies zwar der einzige, aber doch eben ein Uebelstand, der gar Manchem Bedauern einflößte.

Freilich, an den Plattformen merkte man davon nichts. Die Menge, die sich vor ihnen drängte, war, wie gesagt, unvergleichlich stärker als in den Vorjahren. Am meisten

Anziehungskraft übte auch diesmal die Plattform aus (Nr. 15), von der herab John Burns sprach. Hier allein sammelten sich genügend Menschen, um für eine stattliche Demonstration auszureichen — ihre Zahl muß gegen 30 000 ausgemacht haben. Und doch war die Stentorstimme des beliebtesten der Londoner Agitatoren noch den entfernteststehenden seiner Hörer vernehmbar. Auch enttäuschte er diejenigen nicht, die gekommen waren, einige packende Sentenzen von ihm zu hören. Die Achtstundebewegung soll die Industrie schädigen? Unsin, das Geschäft folgt dem Agitator (nach Analogie des Wortes: der Handel folgt der Flagge) lautete einer der Kernsprüche, mit denen er seine gestrige Rede würzte, und dem auch ein ganz richtiger Gedanke zu Grunde liegt.

Plattform 15 gehörte der Achtstundengeh-Liga, und ebenso Plattform 14, die gleichfalls zu den bestbesetzten des Tages gehörte. Diese zweite Plattform war die internationalistische von allen. Auf ihr waren so ziemlich alle Nationalitäten Europa's vertreten. Neben Friedrich Engels, der hier Platz genommen, sah der russische Revolutionär Polchowsky, dessen korrektem Englisch man es nicht anhört, daß er kaum zwei Jahre der Gewalt der sibirischen Hölzer entkommen. Noch durch einen zweiten Redner ist Rußland hier vertreten, auch Stepanoff sprach von dieser Plattform, und hatte sicher nicht Unrecht, wenn er, der russische Revolutionär, erklärte, daß auf dieses gewaltige, bei aller Entschiedenheit und Schärfe, die sich in den Reden kundgibt, so ruhige Meeting ganz England ohne Unterschied der Parteien stolz sein könne. Seltam kontrastirte zu der gemäßigten Sprache der beiden "Nihilisten" die leidenschaftliche, mit südländischer Festigkeit, aber auch mit südländischer Anmuth vorgetragene Rede der aus Spanien stammenden Frau Gabriele Cunningham-Graham, deren Mann, der sozialdemokratische Abgeordnete, leider nicht anwesend sein konnte. Oder nicht leider, denn er war Hauptredner auf der Maidemonstration in Manchester, wo der Sozialismus ganz bedeutende Fortschritte macht. Nach Frau Graham sprach Pete Curran, einer der eifrigsten Organisatoren der Gasarbeiter. Noch heiser von einer Agitationstour durch Irland, wo auf von ihm abgehaltenen Meetings nationalistiche und orangistische Arbeiter mit ihren Bannern friedlich für die größere Sache der Arbeit demonstrieren, liefert er den Beweis, daß man auch als geborener Schotte feurig wie ein Südländer sprechen kann. Bernard, Delegirter der französischen (marxistischen) Arbeiterpartei, begrüßt die Versammelten im Namen des sozialistischen Frankreich; Ed. Bernstein thut dasselbe im Namen der deutschen Sozialdemokratie. Dann spricht — erschrick nicht, Leser — der Reverend William Morris, Vicar in Lambeth. Aber der geistliche Namensvetter des Dichtersozialisten William Morris — der heiläufig diesmal ein prächtiges Maigedicht veröffentlicht hat — macht durchaus nicht den Eindruck pfälzischer Hochwürdigkeit. Wie seine Erscheinung, ist auch seine Rede ungeziert und energisch. "Brother Bob", wie die Arbeiter

den Mann getauft, der beim Streik auf den Südlondoner Gaswerken so entschlossen für sie eingetreten, ist Mitglied der Gilde von St. Mattheus, an deren Spitze der Reverend Stewart Headlam steht, der ebenfalls gestern im Hyde Park für den gesetzlichen Achtstundentag sprach — von der Plattform der Fabian Society herunter. Nach dem christlichen Sozialisten ein jüdischer — nein, ein "jiddischer", denn der Bürger Schajer, der jetzt das Wort nimmt, um zu den russisch-jüdischen Arbeitern zu sprechen, bedient sich zwar des jüdischen Jargons — seit das Gastland die Heimstätte von Tausenden jüdischer Arbeiter geworden, ist das "Jiddisch" eine legitime Sprache in hiesigen Meetings — aber das Evangelium, das er in dieser Sprache seinen Landsleuten verkündet, ist das des internationalen proletarischen Sozialismus. Den größten Theil seiner Rede wiederholte Schajer später in ziemlich korrektem Englisch. Roussel, Delegirter der Pariser Arbeitsbörse, durch einen Zufall statt auf eine Plattform des Trades Council auf diese Plattform gewiesen und, wie es scheint, mit diesem Zufall sehr einverstanden, bringt die Grüße der organisierten Pariser Arbeiter. Er spricht französisch, und seine Rede wird nachher von Edm. Aveling, der mit gewohntem Geschick und zur höchsten Befriedigung der Zuhörer präsidiert, ins Englische verdolmetscht. Gleich seinem Landsmann Bernard spricht auch Roussel lebhaft, aber ohne viel Phrasen. Er erklärt sich tief ergriffen von der Großartigkeit der Demonstration, spricht die Segnerschaft derer, die ihn hergeschickt, gegen alle Völkerverehrung aus und schließt mit dem Ruf: "Vive L'Humanité!" St. Mendelssohn im Namen der polnischen und Frau L. Kantky im Namen der österreichischen Sozialisten schließen die Liste der Vertreter ausländischer Genossen. Von Italien ist ein Sympathieschreiben da, die junge Partei ist nicht im Stande, einen Delegirten zu entsenden. Ebenso ein Sympathieschreiben im Namen der deutschen Arbeiterinnen, überhaupt ist die Zahl der eingelaufenen Briefe und Adressen so groß, daß der Vorsitzende gezwungen ist, sich auf eine einfache Aufzählung derselben zu beschränken. Außer den bereits erwähnten sprachen noch verschiedene andere englische Redner, Delegirte radikaler Klubs und von Gewerkschaften (unter den letzteren auch, mit großem Beifall begrüßt, Frau Aveling), und schließlich unser alter Friedr. Lejner, als Mitglied des Kommunistenbundes und des Generalraths der Internationalen, ein Veteran der kämpfenden Sozialdemokratie. Da ertönt das Signal, die Zeit der Abstimmung ist gekommen. Die Resolution wird verlesen. Sie lautet:

Es wird erklärt, daß dieses Meeting überzeugt ist, daß die Einführung eines internationalen Achtstundentages für alle Arbeiter der wichtigste Schritt ist auf der Bahn zur schließlichen Emanzipation der werkschäftigen Bevölkerung, und daß es von der Regierung als dringend notwendig die Einführung und Durchbringung einer Maßregel im Parlament verlangt, welche dem achtstündigen Arbeitstag gesetzliche Kraft giebt, sowie daß das Organisationskomitee dieses Verlangens am 2. Mai 1892 durch eine Deputation der Regierung unterbreiten soll."

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[106

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Darum, mein Sohn, wenn Du Dich auch stärker fühlst, sei nicht stolz und sei nicht hart, sondern danke Deinem Schöpfer, daß er Dich stärker und fester geschaffen, und sei mild und nachgiebig gegen Deine schwächere Schwester, wie Du es überhaupt gegen alle Deine schwachen Mitmenschen sein willst. Reiche ihr die Hand und heiße sie willkommen; denn sie ist mein Gast, wenn sie auch in der Wohnung ist, die Du mit Deiner Arbeit bezahlst."

Verzeihe mir, liebe Mutter, und verzeihe mir, Veronika, rief der junge Mann mit weichem Tone: "das Leben macht bitter und hart, denn es quält und tritt auf die Herzen. Aber es wird anders werden auf Erden, wenn wir wirkliche Menschen geworden."

Gabicht ging dann in seine Kammer und erschien nach einer Weile in frischster Wäsche, im schwarzen Frack und mit sehr alten, aber noch wenig gebrauchten Glacee-Handschuhen.

"Du hast einen Besuch vor, Leberecht?" fragte die Mutter überrascht.

"Ich will zum Dr. Lange, Du weißt, Mutter, der das schöne Gedicht von dem 'Weh des Volkes' gedichtet."

"So bringe ihm auch einen Gruß von einer unbekanntem

Kranken, der er das Herz in mancher Leidensstunde gestärkt."

"Es wird ihn freuen, verlaß Dich darauf. Einstweilen lebe wohl, Mutter! lebe wohl, Schwester!"

In einem kleinen Partierestübchen der Barth'schen Druckerei, dicht neben der Buchbinderei und hinter dem Expeditionszimmer befand sich die Redaktion des "Volksblatt", ausgestattet einfach mit einem großen Bücherbrett, auf dem sich neben einer großen Anzahl von inländischen und ausländischen Zeitungen nur ein Universallexikon, ein Fremdwörterbuch und das Staatshandbuch befanden, mit ein paar Schreibpulten und Stühlen, sowie mit einigen großen Landkarten, welche die grauen Wände in geeigneter und hier praktischer Weise so viel wie möglich verdeckten.

In diesem anspruchslosen Arbeitsraum wurde auch Gabicht auf sein schüchternes Klopfen durch ein lautes "Herein" beschieden.

Der Schreiber sah sich verwundert um; denn bei der großen Verbreitung, welche das Volksblatt in so kurzer Zeit gefunden, glaubte er zum Mindesten ein großes Redaktionszimmer mit einem befonderen Kabinett für den Hauptredakteur vorzufinden. Und noch mehr erstaunte er, als er in der Person des einzigen Arbeiters in diesem Räume, der sich jetzt zu ihm umwendete, den Gesuchten selbst vorfand.

"Was steht Ihnen zu Diensten?" fragte der Schriftsteller ohne weitere Komplimente.

"Ich bitte um Verzeihung... stammelte der Schreiber. Haben Sie etwas verbrochen, dann gehen Sie zu einem Pastor oder zum Staatsanwalt."

"Ich meine nur, wenn ich stören sollte," fügte der Schreiber hinzu.

"Ja so; nun will ich hoffen, daß etwas Nothwendiges Sie hierher führt, und dann bedarf es keiner Vergebung."

"Mein Name ist Leberecht Gabicht."

"Ah so; Sie sind es, Herr Gabicht; damit hätten Sie gleich anfangen sollen. Seien Sie mir bestens willkommen, rücken Sie sich einen Stuhl zu mir und lesen Sie mir gefälligst einmal dieses Manuscript vor, damit ich mit der Korrektur schneller fertig werde. Es ist gefährlich, in solcher Zeit einen Redakteur zu besuchen, man bekommt da eine Austellung, ehe man's denkt. Hier Abschnitt B, wenn ich bitten darf."

Gabicht unterzog sich sofort der Arbeit, und als diese beendet und vom Druckerburschen abgeholt war, wandte sich Lange an den jungen Mann mit den Worten:

"Ich habe mit Vergnügen Ihre Skizzen 'Aus der Schreibertube' gelesen, es sind dies schon mehr Genrebilder und Charakterköpfe, mit achtungswerther Gefühlstiefe und ziemlicher Schärfe der Auffassung nach dem Leben wiedergegeben. Ihre schwächste Seite ist der Stil; doch hoffe ich, daß sich der mit der Zeit findet, denn Sie sind fast noch zu jung, um in dieser Beziehung etwas Hervorragendes zu leisten. Einen kleinen Theil Ihrer Skizzen habe ich bereits für den Abdruck im Feuilleton der nächsten Sonntagsnummer bestimmt, den anderen Theil mit Randglossen zur nochmaligen Durchsicht und Umarbeitung für Sie zurückgelassen."

"Ich kann Ihnen, Herr Doktor, nur meinen innigsten Dank für Ihre Berücksichtigung, für Ihre Bemühung sagen."

"Lassen Sie das nur unterwegs; nach dem Briefe, den Sie mir geschrieben, mußte ich erkennen, daß auch Sie nach einer Erlösung aus drückenden Banden streben, und ich sah, daß Sie derselben würdig waren. Ich kann nicht Alles thun, aber was geschehen kann, muß geschehen. Was nun Ihre



Alle Hände erhoben sich, der Resolution zuzustimmen, und eine dreifache Beifallsjauch begrüßte das Resultat. Aus der Mitte der Masse heraus wird dem Vorsitzenden ein Hoch angedrückt, das kräftige Zustimmung findet, und theils in losen Gruppen, theils wieder in Zügen geformt entfernt sich die Zuhörerschaft aus dem Park, Plag für die unerschuldeten Zuspätkommenden machend.

Es würde natürlich den zulässigen Rahmen dieses Briefes weit überschreiten, die Rednerliste auf den übrigen Plattformen durchzugehen. Was London an namhafteren sozialistischen und Gewerkschafts-Rednern besitzt, war so ziemlich auf dem Meeting vertreten, und wo die mehrere Tage vorher veröffentlichte Liste beliebtere Redner erwarteten ließ, sammelte sich die größere Zuhörerschaft an. Nicht Plattform hatte der Trades Council besetzt und eine neunten Vertreterinnen der Arbeitervereine zur ausschließlichen Besetzung überlassen. Zwei Plattformen hatte die sozialdemokratische, zwei die radikale Föderation und eine die Fabian Society. Auch die Anarchisten hielten ein Meeting im Park ab, auf dem unter Anderem Louise Michel sprach, und man kann die krankhafte Ideenerregung dieser Leute kaum besser kennzeichnen, als durch die Thatsache, daß einer ihrer Redner die gewaltige Manifestation des Londoner Proletariats, als die diese Manifestation sich darstellte, für eine „Pöbel“ erklärte. Es ist allerdings dabei kein Akt der Zerstörung vorgekommen und nicht einmal ein unschuldiger Gast in einem Wirthshaus oder Miether körperlich verletzt worden.

Wie aus der Resolution ersichtlich, soll heute eine Deputation bei den Vertretern der Regierung vorsprechen. Es ist noch nichts darüber bekannt, ob sie von der Regierung empfangen werden wird. Uebrigens sprachen sich eine ganze Anzahl von Rednern nicht sehr erbaulich über diesen Theil der Resolution aus und befürworteten nur deshalb eine Annahme in Bausch und Bogen, um den Eindruck der Demonstration nicht abzuschwächen.

Wie Recht sie damit hatten, zeigt die Haltung der leitenden bürgerlichen Parteiorgane. „Daily News“, das Organ der Gladstoner, schneidet ein süßsaures „Standard“, das Organ der Konservativen, ein sauerfüßiges Gesicht zur Demonstration. Den Hauptlingen der beiden Bourgeoisparteien wird die Bewegung immer unangenehmer. Ja, wenn man sie als Knüttel benutzen könnte, um die Liberalen zum Stolpern zu bringen, dann würden die Konservativen sie sich ganz gern gefallen lassen, aber dafür fängt sie an, zu große Dimensionen anzunehmen; sie ist den Konservativen nicht minder gefährlich wie den Liberalen; zumal die Ersteren mehr noch als die Letzteren auf die Fabrikanten Rücksicht zu nehmen haben. Der Bericht des „Standard“ widmet denn auch den Rednern auf den 16 Plattformen, um die sich hunderttausende von Arbeitern drängten, anderthalb Spalten, dagegen den Reden auf dem von kaum einigen hundert Leuten besuchten Anarchistenmeeting allein eine ganze Spalte. Das letztere paßt dem Toryblatt anscheinend besser in den Plan.

Ich sprach oben von sozialistischen und Gewerkschafts-Rednern. Die Unterscheidung ist aber zum großen Theil nur noch formell. Es ist merkwürdig, wie sehr der früher so schroffe Gegensatz zwischen Gewerkschaftler und Sozialist bereits überwunden ist. Noch ist Beides nicht identisch, aber so sehr haben sich die Gewerkschaftler dem Sozialismus bereits genähert, daß gestern darüber fast Einstimmigkeit herrschte, daß das Achtstundengesetz nur das dünne Ende des Keils ist, der in den Baum des heutigen Wirtschaftssystems eingetrieben werden muß, um Platz für eine Wirtschaftsordnung zu gewinnen, die den Arbeiter vom Druck der Ausbeutung und der anarchischen Konkurrenz befreit, und daß diese Befreiung das Werk der Arbeiter selbst sein muß. Die Grundnote der meisten Reden war die Loslösung der Arbeiter von der Gefolgschaft der Bourgeoisparteien und die Schaffung einer unabhängigen großen Arbeiterpartei.

Und diese, zu der das gestrige Meeting ein weiterer großer Schritt war, wird sozialdemokratisch sein oder sie wird nicht sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

**Bundesrathliches.** Der Bundesrath überwies die Vorlage, betreffend neue Bearbeitungen des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands, der Bestimmungen über die Befähigung von Bahnpolizei-Beamten

Wünsche in Bezug auf Beschäftigung in unserer Redaktion betrifft, so freut es mich, denselben einigermaßen entgegenkommen zu können. Ich bedarf unbedingt eines Hilfsarbeiters, der mir Lust für andere Arbeiten schafft. Wenn Sie also nichts Wichtiges opfern, wie es scheint, und an unsere noch sehr bescheidene Kasse keine allzu hohen Anforderungen stellen, so würde es mir ganz angenehm sein, Sie für das Volksblatt heranzuziehen.

Wenn ich vielleicht zwanzig Thaler den Monat erwarten könnte mit der Zeit?

Mit der Zeit zwanzig Thaler monatlich? Nein, Herr Habicht, damit finden wir Leute, die uns wirklichen Nutzen leisten, nicht ab. Wenn Sie eintreten, geben wir Ihnen sicherlich sofort 20 Thaler, und mit der Zeit mehr.

Dann wären meine kühnsten Hoffnungen erfüllt, und ich darf allerdings Lust zum Leben fassen. Ach, Herr Doktor, Sie glauben nicht, wie mir Ihr Name immer in der Seele wiedergebungen hat; Ihre Schriften und Gedichte hielten mich aufrecht in den trübsten Stunden meines Lebens; Sie einmal kennen zu lernen, Ihnen meinen Dank, meine Verehrung, sowie die meiner armen kranken Mutter, einmal persönlich darbringen zu können, war immer mein höchster Wunsch. Und nun steht es mir gar in Aussicht, mit Ihnen öfter in Berührung zu kommen.

Und da werden Sie finden, junger Mann, daß ich bei allen guten Absichten auch nur ein mit manchen Mängeln behafteter Mensch bin. Doch lassen Sie uns zu Ende kommen, denn mein Tagewerk ist noch bei Weitem nicht beendet; nehmen Sie dieses Manuskript zur Umarbeitung mit und lassen Sie mich sobald wie möglich wissen, wann Sie in die Redaktion eintreten können.

Würden der Herr Doktor mir nicht erlauben, ihm ein kleines Geschenk machen zu dürfen?

Vor allen Dingen, junger Mann, gewöhnen Sie sich Ausdrücke ab, die überhöflich sein sollen und weiter nichts sind, als grammatikalische Schnitzer. Es heißt nicht

und Lokomotivführern, der Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, der Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands und der Bahnordnung für deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung den Ausschüssen für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für das Landwehr und die Festungen. Ferner beschloß, wie zu erwarten war, der Bundesrath der durch Reichstags-Beschluß dem Bundesrathe überwiesenen Petition, betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens, keine Folge zu geben.

**Aus dem Abgeordnetenhause.** Die zweite Lesung der Bergwerks-Novelle ist am 5. Mai beendet worden. Ueber eine Resolution Hitze und Genossen, die Staatsregierung zu eruchen, möglichst bald eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen: inwiefern eine Herabsetzung der Arbeitszeit in den Bergwerken der verschiedenen Ober-Bergamtsbezirke aus Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter erforderlich erscheint, und das Resultat derselben, sowie die auf Grund des § 197 des Allgemeinen Berggesetzes getroffenen beziehungsweise beabsichtigten Maßnahmen dem Landtag mitzutheilen, ging das Abgeordnetenhause zur Tagesordnung über. Herr von Verlesch hielt seine Kommissionsrede gegen den „Maximal-Arbeitstag“ zum zweiten Male, und die zahme, schwindelartige Resolution fiel unter den Tisch. Die braven Manchesterleute des Deutschfreisinn, Meyer und Ebertz, waren natürlich gegen einen Normal-Arbeitstag im Bergwerksbetriebe, sprachen sich jedoch für die Resolution Hitze aus. Im Uebrigen verweisen wir auf unsere gestrigen Ausführungen. Die Fachsenbarone haben gesagt, die Regierung hat kein beizugeben, der Knappentruß ist fertig.

**Zwei Ritter der Wahrheit.** Zwischen dem Ex-Hosprediger Stöder, dem mit seinem Eid das bekannte Unglück passiert ist, und dem Ex-Reichskanzler Bismarck, der a mtlich nicht läßt, hat sich ein ergötzlicher Streit unter Brüdern entsponnen. Der Ex-Hosprediger ließ sich jüngst interviewen, und sagte bei dieser Gelegenheit u. A.:

Vor 10 Jahren gab es eine Zeit, als ich davon träumte, die Sozialdemokratie durch die Bildung einer großen Reformpartei zu besiegen, welche aus christlich-loyale Arbeitern aus ihren eigenen Reihen zusammengesetzt wäre. Etwa ein Dritttheil oder Viertel der Arbeiter Berlins hatte bei den Wahlen für und gestimmt. Unsere Aussichten schienen glänzend; aber Fürst Bismarck trat uns entgegen, und da er fürchtete, daß die protestantische Kirche zu stark werden und ihm ebenso viel zu schaffen machen würde, wie die katholische, goß er kaltes Wasser auf unsere Bewegung und ersäufte sie. Jetzt ist es zu spät daran zu denken, in Deutschland die eine Arbeiterpartei gegen die andere auszubieten: der Schaden ist einmal da. Bebel und Liebknecht haben das Ohr der Massen.

Gegen den Ex-Hosprediger schreibt nun der Ex-Kanzler in seinem Leitblatt:

Die Aeußerungen, die der Interviewer Herrn Stöder über das Verhalten des Fürsten Bismarck in den Mund legt, lassen annehmen, daß er sich verheißt hat. Wenn aber Herr Stöder wirklich so gesprochen haben sollte, so befindet er sich in einem unbegreiflichen Irrthum. Die Agitation seiner Partei ist durch den früheren Reichskanzler niemals gehindert worden, vielmehr hat derselbe ihre Wahlerfolge mit Freude gesehen. Wie wäre dies auch anders möglich gewesen, da die Stöder'sche Partei der Sozialdemokratie feindselig gegenüber trat?

Wer der beiden „Ex“ hat nun die Unwahrheit gesagt? Die Wahl ist schwer. Um die Komik des Streits zu verstehen, muß man sich ins Gedächtniß zurückerufen, daß Bismarck, so lange er noch nicht Ex war, in seinen Worten sich Stöder gegenüber genau so verhielt, wie Stöder sagt.

Thatsächlich aber verhielt er sich genau so, wie er selber jetzt sagt, und im Einverständnis mit Stöder verleugnete er diesen öffentlich, während er ihn heimlich mit voller Macht unterstützte. Die Sache steht also so, daß Stöder jetzt wie früher die Unwahrheit sagt, sein Kompagnon aber die Wahrheit, nachdem er früher die Unwahrheit gesagt. In die Paare gerathen werden die zwei Bieder männer sich nicht.

**Das neue Kartell.** In einem Artikel: „Nach der Schlacht“, der die preussische Politik der letzten Zeit behandelt, liest man in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 124 vom 4. Mai):

Herrn v. Bennigsen's Probestück, die große liberale Partei, ist nicht ganz vergebens ausgefallen, denn eine nicht zu bestreitende Annäherung zwischen Freikonserwativen, Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen hat stattgefunden. Läßt sich auch nicht vorhersehen, wie weit die Uebereinstimmung gehen und wie lange sie dauern wird, die eine Wirkung liegt

„würden“, sondern „würde“, und „erlauben zu dürfen“ ist eine zwecklose Verstärkung, es heißt „erlauben zu machen“ und nicht „erlauben machen zu dürfen“. Im Uebrigen aber wählte ich nicht, wie ich dazu kommen sollte, ein Geschenk von Ihnen anzunehmen, da Sie, wie es scheint, beinahe noch ärmer sind, als ich?

Wenn es aber etwas wäre, was mich nichts kostete und Ihnen sehr nützlich sein könnte?

Das wäre allerdings ein in jeder Beziehung annehmbares Angebot. Dann heraus damit.

Hier ist es, rief Habicht triumphirend und überreichte dem Erwartungsvollen ein zusammengefaltetes Stück Papier.

Wie? ein Testament? Fräulein Howald betreffend, angefertigt von Dr. Raffmaus? Mensch, wie kommen Sie zu diesem werthvollen Dokumente?

Ich wußte, daß es vorhanden war; Liebe zu Ihnen, Haß gegen die Blutsauger des Menschengeschlechts hat es mich finden lassen im verborgensten Versteck des eisernen Dokumentenschrankes von Dr. Raffmaus.

Nehmen Sie das Dokument zurück und — doch nein, es muß Alles seinen Weg nehmen, wie er ihm bestimmt ist. Ich danke Ihnen für Ihre Liebe und Hilfsfertigkeit. Sie haben damit vielleicht der Menschheit einen großen Dienst geleistet. Wer kann wissen, was Alles daraus hervorgehen mag. Mich erschüttert dieser Fund, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen jetzt nicht freudiger danke, und schweigen Sie bis auf Weiteres gegen Jedermann davon.

Ich werde ganz handeln, wie Sie es mir anempfehlen, betheuerte Habicht und verabshiedete sich nunmehr, um seine bisherigen Kollegen im „Goldenen Affen“ aufzusuchen.

Grundzwanzigstes Kapitel.

Ein Heirathsantrag.

„Machen Sie sich heute, meine Herren,“ hatte Frank beim Morgenkaffee zu seinen Kollegen oder Leidensgefährten

schon jetzt klar zu Tage, daß die persönlichen Gegensätze innerhalb dieser Parteien sich gemildert haben und daß alle drei Fraktionen sich als Bundesgenossen fühlen, sobald Centrum und Konserwativen ihnen geschlossen gegenüberstehen. . . . Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit vorhersehen, daß, wenn die Bundesgenossenschaft sich nicht auf die Wahlen erstreckt, sie in kurzer Frist auseinanderfallen muß. Eine weitere Gefahr liegt in der überwiegenden parlamentarischen Stärke Eugen Richters, welche eine vorübergehende Linkslenkung der ganzen Gruppe herbeiführen kann, sehr bald aber den Zusammenhang sprengen muß, wenn der Führer der Freisinnigen nicht klug genug ist, seine Partei eine merkliche Rechtslenkung vollziehen zu lassen.

Nachdem Bamberger und Richter so kräftig die dargebotene Rechte ihres alten Bundesbruders Bennigsen gebietet, ist ein nationalliberal-deutschfreisinniges Kartell eine diskutabile Frage. Die tapferen Bayern sind vorläufig für die Landtagswahlen mit rühmlichem Verzicht auf Grundsätze und Programme vorangegangen, und die deutschfreisinnigen Wadelsträmpfer werden mit denen um Richter vielleicht in absehbarer Zeit eine neue Kraftprobe veranstalten. Herr Richter selbst hat übrigens seine allerhöchste Billigung dem ergötzlichen Nürnberger Wahlkartell angedeihen lassen, und er wird nicht unzugänglich sein. Als er das letzte Mal gegen die Schrader, Barth, Richter zu Felde zog, schwankte schon der Boden unter seinen Füßen, und er machte mit den „Trennhändchen“ seinen Frieden. Mit jenen Trennhändchen, gegen deren großkapitalistischen Stachel er in der Hitze des Gefechts — es war eine schwache Stunde — zu löten gewagt hatte. In absehbarer Zeit wird das bische Spiritus der Scheinopposition verfliegen sein, und der Deutschfreisinn mit dem anderen Flügel des Liberalismus zu der einen großen Partei des mobilen Kapitals verschmelzen. Und das von Rechts wegen. —

**Noch einmal der bayerische Deutschfreisinn.** Die „Freisinnige Zeitung“ hat in der letzten Zeit mancherlei Schicksalschläge zu erdulden gehabt. Die „Volks-Zeitung“, ein deutschfreisinniges Organ (Chefredakteur ist der Fraktionsgenosse Richter, der deutschfreisinnige Reichstags-Abgeordnete für den siebenten Regierungsbezirk Breslau, Karl Bollrath) wendet sich in ihrer Nummer 105 vom 5. Mai direkt gegen die „Freisinnige Zeitung“, die bekanntlich in ihrer Auseinandersetzung mit uns über den bayerischen Deutschfreisinn eine staunenswerthe Unwissenheit in bayerischen Angelegenheiten und eine unübertreffliche Böswilligkeit an den Tag gelegt hatte. Die „Volks-Zeitung“ schreibt:

Es zeigt von nicht genügender Kenntniß der bayerischen Verhältnisse, wenn eine hervorragende freisinnige Berliner Zeitung meint, bei den Landtags-Wahlen läme die sozialdemokratische Partei nicht in Betracht. Wir sind der entgegen-gesetzten Ansicht und aller Wahrscheinlichkeit nach wird gerade der nächste Anfall der Landtagswahlen uns Recht geben. Die Sozialdemokraten sind in Bayern verhältnismäßig ebenso stark wie im Reiche; sie stellen nach den letzten Reichstagswahlen ungefähr ein Siebentel aller abgegebenen Wahlstimmen, München I und II, Nürnberg, Jülich, Speyer, Ludwigshafen a. Rh., Hof, Kronach, Bamberg, Würzburg, Augsburg weisen ein ganz bedeutendes Kontingent sozialistischer Stimmen auf, so daß diese Theile bei direkter Wahl und anderer Wahlkreiseinteilung wahrscheinlich jetzt schon alle durch Sozialisten vertreten wären; die Möglichkeit ist aber auch jetzt beim indirekten Wahlrecht gegeben, daß bei den nächsten Landtagswahlen Bayern wenigstens ebenso viele Sozialisten in den Landtag bekommt, als es jetzt in den Reichstag schiebt. Und diese Möglichkeit wird zur Wirklichkeit, wenn die freisinnige Partei in Bayern nicht eine entschiedene Stellung auf Grund eines freisinnigen Programms sucht, zu welchem Material mehr als genug vorhanden ist. Alle jene Wähler, die den liberalen Mischmasch hassen, werden sich durch Sanktionierung desselben weiter nach der äußersten Linken abgestossen fühlen, und zwar nicht Sozialdemokraten werden, doch aber nicht für die mit dem nationalliberalen Passivchein ausgestatteten Mischmasch-Kandidaten stimmen.

Wird Herr Richter auch auf diese Abfertigung schweigen? Das wäre doch ein Beweis grenzenloser „Planlosigkeit“. —

**Weltfriedens-Kongress.** Im August d. J. soll der vierte Weltfriedens-Kongress in Bern zusammentreten. Der erste dieser Kongresse fand im Jahre 1889 in Paris, der zweite 1890 in London und der dritte im vorigen Jahre in Rom statt. Der Hauptgegenstand, welcher diesmal zur Verhandlung gelangen soll, ist der Bericht und Antrag wegen Organisation eines internationalen Schiedsgerichts-hofes.

**Die italienische Ministerkrise.** Herr Rudini hat sich mit seinem Nothministerium am 4. Mai den Kamern

gedauert, auf einen außerordentlichen Besuch gefaßt. Freund Wiener hat die Freundlichkeit gehabt, mich schon gestern Abend zu benachrichtigen, daß er heute das Vergnügen haben werde, meinen zukünftigen Herrn Schwiegervater nach diesem Orte zu geleiten, an welchem er schon manchen armen Erdenpilger auf längere oder kürzere Zeit befristigen und beherbergen ließ. Möge ihm das Brot, welches er anderen hier geboten, schmachtlich erscheinen; möge er die Gesellschaft behaglich finden, der er von Zeit zu Zeit ein neues Glied zugeführt. Schade, daß ich in diesem, vom Schicksal nach Gebühr belohnten Manne zu gleicher Zeit den Vater eines reizenden Engels erblicken muß. Welche schöne Gelegenheit hätten wir sonst gehabt, einem solchen Menschenplager ein mal gehörig Bescheid zu sagen! So aber erwächst mir die Pflicht und die Nothwendigkeit, ihm sein Dasein hier oben nach Kräften zu verfühen.

Schon wenn man sich verliebt, gehen die Familien-sorgen an. Kurz, meine Herren, so leid mir's thut, muß ich Sie bitten, diesen neuen Zuwachs mit derjenigen Rücksicht zu behandeln, die Sie dem künftigen Schwiegervater Ihres Alterspräsidenten gegenüber glauben nehmen zu sollen. Ich selber aber werde, um Ihnen diese Aufgabe möglichst leicht zu machen, ein Frühstück arrangiren, zu welchem Sie selbstverständlich alleammt eingeladen sind.

Die Einladung zu einem Frühstück ist für die Bewohner der freudenleeren Wechselstube jederzeit etwas Nechliches dem, was dem schwergeplagten Seefahrer der „Auf Land“, was dem Karawanenkaufmann die ersten Baumspitzen einer Dase. Jeder schwelgte in Vorahnungen und bemühte sich, seine Toilette möglichst standesgemäß, sei es dem erwarteten Zuwachs, sei es dem bevorstehenden Frühstück zu Ehren, einzurichten. Und als nun die zehnte Stunde geschlagen hatte, wurde im Konversationsalon die Frühstückstafel gedeckt, und die seit langer Zeit an das Nichtvorhandensein von aller und jeder Mannigfaltigkeit im Anblick der ihnen dargebotenen Genüsse gewöhnten Augen



vorstellen müssen, und es ist ihm recht übel ergangen. Er zeigte ein unerwartetes Talent für das komische Fach, indem er mit der ernsthaftesten Miene von der Welt die Behauptung aufstellte, die Ministerkrise sei nicht durch den Militarismus, sondern durch Finanzschwierigkeiten hervorgerufen worden. Das erinnert an jenen Taschendieb, der mit Stöckerischem Wahrheitsfanatismus behauptete, nicht er hätte das Schnupftuch gestohlen, sondern seine Hand, die ihm ausgerichtet sei. Leider giebt es im italienischen Abgeordnetenhaus Männer, die für solche Späßen kein Verständnis haben, und Herr Rudini, der gestern und heute schon tüchtig Spießruten zu laufen hatte, wird wohl gelegentlich sein Bündel zu schürren haben. Auf die finanziellen Versprechungen des Ministeriums gehen wir nicht ein, da diese ja selbstverständlich vor dem Militarismus — wir wollten sagen vor den „Finanzschwierigkeiten“ — wie Seifenblasen zerplagen werden.

**Die Lage in Italien.** Unser italienischer Korrespondent schreibt uns:

Ihrem jüngsten Bericht über „Italien vor dem 1. Mai“ gedankte Sie mir einige Worte hinzuzufügen. Sie betreffen in erster Linie die allgemeine Finanzlage dieses Landes. Die Verkommenheit der politischen Wirtschaft seit den Jahren von 1860 bis auf heute, nicht sich gegenwärtig in erschreckenden Kennzeichen kund, welche auch dem blödesten Auge offenbar werden. Gewiß Moloeh hungert. Moloeh muß in Italien schnell wieder zwölf neue Millionen Franks für ein neues Gewehr haben; und wenn Moloeh's Hunger demnächst, wie es sicher geschieht, unter allen Umständen bedrückt werden wird — so kann nichts in der Welt den sicheren Staatsbankrott dieses jüngsten Dreibundmitgliedes aufhalten. Man bedenke, die Sache ist so weit gediehen, daß gegenwärtig in den beiden reichsten Städten Italiens, in Genua und in Mailand, kein Mensch mehr den niedrigsten Papierschein von 5 Frcs. gleich 4 M. wechseln kann, ohne empfindliche Einbuße zu haben, oder pfundweise Kupfer mit sich zu schleppen. Man sieht Bauern schimpfend und fluchend umher rennen; sie schreien, man will sie betrogen, und fragen, wo denn die Silberfranks geblieben sind. Man sieht schon seit Wochen fast kein Frant-Silberstück mehr. Der Kredit des Landes, der sich in dem Stande seiner Werthscheine freigelegt, ist in jüngster Zeit so entsetzlich gesunken, daß selbst die einzelnen Silberfranken — früher geschah dies doch nur mit den silbernen Frantfrankstücken — zurückgehalten, von den Spekulanten aufgekauft, gesammelt und über die Grenze geschickt werden. Der arme Arbeiter, der seinen erbärmlichen, zu den Lebensmitteln nicht ausreichenden Wochenlohn im Papierschein ausgezahlt bekommt, muß sich nun noch lehn im Papierschein ausgezahlt bekommen, um Brot einzukaufen, den Wochenlohn gefahren lassen, wenn er, um Brot einzukaufen, den Frantfrankstücken wechsell. Man sieht daher in Italien Arbeiter an den Regierungsbanken Queues machen, um nach Stundenlangem an ihren kleinen Papierschein vollständig einzuzuwandeln. Mit Ausnahme sehr weniger radikaler Zeitungen — wie der „Italia del popolo“ in Mailand — wagt es kein bürgerliches Blatt, den Finger an die Wunde zu legen und zu sagen: Der Kriegsmoloeh ist Schuld; das Land hält die fürchterlichen Wüsten nicht mehr aus. In Millionen seiner Arbeiter hungernd, ausgezogen durch die verkehrteste, wahnwitzige Großmachtpolitik, kann Italien thöraftlich nicht mehr aufbringen, was jährlich seine Militärberühmtheit und der Kriegsgötze verschlingt. Statt offen das auszusprechen, schreiben die Blätter nach dem erbärmlichsten Auskunftsmittele: sie wollen die kleinen Papierscheine bis zu einem Frant und bis zu 50 Centesimi (40 Pfennigscheine) wieder einführen, die man früher als einen Landesstolz empfand und deren Abschaffung seinerzeit mit solchem nationalen Stolz begrüßt wurde.

Mitten in diesem allgemeinen Elend blüht eine Sache in Italien, das ist die Lotterie, die Staats-Zahlenlotterie. Sie hat das letzte Jahr wieder reichlichen Ueberschuss ergeben. Und dieses Bild paßt vorzüglich zur ganzen Lage, wenn man bedenkt, daß es gerade die Armen sind, welche ihre letzten Centesimi in die Lotterie tragen, gelockt durch das niederrückige System dieser von der Staatsbehörde betriebenen und geheiligten Ausbeutungslotterie. Diese Lotterie ist ja geradezu darauf angelegt und von vorneherein darauf berechnet, die Spielsucht in den untersten Volksschichten aufzureizen.

Bei diesem Anlaß gestatten Sie mir, auch mitzutheilen, wie sich eine Thatsache vom jüngsten politischen Deutschland in Italien wieder spiegelt. Die „Tribuna“ in Rom und noch ausführlicher in einer Berliner Korrespondenz der „Corriere della Sera“ in Mailand brachten jüngst scharfe, reich und seit geistige Artikel über die neue Berliner Schloßlotterie; und was das, was das Lotteriespiel betrifft, die Italiener mächtig anlockt, so wird in zahlreichen Wätern Italiens nicht wenig gesprochen über das neue hierzuland so bekannte staatliche Mittel, welches den Ausspruch zur Wahrheit machen soll: „Berlin wird Reichstadt!“

Man hält auch mit freundschaftlichem Rath nicht zurück, und schlägt als treuer Bundesgenosse vor, unsere Zahlenlotterie in Preußen oder besser gleich für das ganze Deutsche Reich einzuführen. Zur Erreichung des nächstgewünschten hohen Zieles könnte sofort auf der Schloßfreiheit in Berlin eine Tombola errichtet werden und am besten wäre es, diese erste

wurden nicht wenig überrascht, als in köstlicher Aufeinanderfolge erst eine mächtige Schüssel mit vorzüglich zubereitetem und künstlich dekoriertem italienischen Salate, dann ein gewaltiger Teller mit kräftigen Schnittrosenfarbenen westfälischen Schinken, zu dem sich bald ein anderer, nicht minder großer mit ungekocht gemalt, erschienen. Bei diesem Anblick allein schon fühlten die immer gutgelauten und arbeitsfrohen Magen die beruhigende Gewißheit des Gesättigtwerdens, und mit größerer Seelenruhe blickte man auf das Erscheinen von gepöfelter Rindszunge, zu der sich ergänzend auch Jungenswürstlein stellte, von Cervelat- und Braunschweiger Mettwurst. Mal in Gelee sonderte sich etwas vornnehm von den übrigen Gerichten ab, während russische Sardinien gewissermaßen den Vortrab, Schweizer- und Chertelkäse die Reserve bei der großen Eßschlacht zu bilden bestimmt schienen.

Der Anblick einer mit Speisen reichbesetzten Tafel läßt immer eine innere Unruhe und Befürchtung wegen eines wahrscheinlicher Weise sich einstellenden Durstes entstehen; mit um so größerer Gemüthsruhe sah man deshalb, statt einer leicht zu überschendenden und auf die Köpfe der Anwesenden leicht zu vertheilenden Anzahl von Flaschen, ein rundes, und darum um so geheimnisvolleres Fäßchen erscheinen, welches allerdings nicht ohne große Vorsicht bereinigungsmüht worden war, da die Gerichtsbehörde in väterlicher Weise für ihre Pflegebefohlenen Mäßigkeitsvorschriften anordnet und empfiehlt. Was aber Franz in Form eines Ristchens schweigend nach seinem Zimmer schaffte und unter seinem Bettgestelle barg, das blieb einwillen für Alle ein vorläufig ungelöstes Räthsel.

Halb elf Uhr hatte es geschlagen, die Magen waren immer länger, die Augen immer größer geworden; da erklärte endlich Franz, daß er es nicht über sein Gewissen bringen könne, die Gesellschaft noch länger hungern und hungern zu lassen, und Alle schienen von dieser Gewissenhaftigkeit im höchsten Grade erfreut. (Fortf. folgt.)

öffentliche Ziehung der deutschen Zahlen-Lotterie in Gegenwart der hohen Herrschaften, die aus Italien zum Besuche erwartet werden, vorzunehmen; sie würden sich dann ganz heimisch fühlen.

**Die Maiwahlen in Frankreich.** Der Sieg unserer Genossen war weit bedeutender als nach den ersten Berichten zu vermuthen war; jeder Tag bringt zahlreiche Nachrichten neuer Erfolge — oder richtiger von Erfolgen, welche die Bourgeoispreffe häßlich sorgfältig verschwiegen hatte. Die bekannte Vogelstrauchpolitik ist nicht bloß in Deutschland zu Haus. Von größeren Städten, in denen die Sozialisten sich die Gemeindevertretung ganz oder theilweise erobert haben, ist noch Lille zu nennen. Obgleich die aufgeregteren der französischen Arbeiter schon längst von der mit revolutionären Phrasen verbrämten „Enthaltungspolitik“ zurückgekommen waren und an früheren politischen Wahlen sich schon energisch betheiligten, so trat doch am 1. Mai dieses Jahres zum ersten Mal das französische Proletariat in seiner Gesamtheit als geschlossene Masse an die Wahlurnen; und der durchschlagende Erfolg, der diese Kraftanstrengung krönte, ist eine sichere Bürgschaft dafür, daß die Masse der französischen Arbeiter die bisher so arg vernachlässigte Waffe des allgemeinen Wahlrechts von nun an kräftig und methodisch benutzen wird. Straßenrevolutionen sind ja gewiß sehr poetische und heroische Dinge, allein in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts sind sie doch entschieden überflüssig, zumal wenn die Ausübung des Wahlrechts nicht beschränkt wird. Und in Frankreich — das ist der Vorzug, den es vor anderen Ländern hat — ist keine Regierung im Stande, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen. Die Versuche einiger Reaktionen, die Kavachol-Komödie zu einer Beschränkung der Pressefreiheit zu „fruktifizieren“, sind mit dem elenden Fiasco dieser erbärmlichen Polizei-Komödie von vornherein als gescheitert zu betrachten. Nicht bloß in Bezug auf die Presse, sondern auf jedem Gebiet des öffentlichen Lebens hat der französische Arbeiter mehr Freiheit als der deutsche; und wenn, was jetzt mit Bestimmtheit zu erwarten ist, die französische Arbeiterklasse alle ihre Kraft anwendet, um durch Agitation und Organisation, indem sie den Hebel des allgemeinen Wahlrechts geschickt und nachdrücklich ansetzt, sich die politische Macht zu erkämpfen, so kann ihr endgiltiger Triumph durch Niemand und durch Nichts verhindert werden. Der 1. Mai 1892 ist deshalb von epochaler Bedeutung für die Entwicklung und den Emanzipationskampf der französischen Arbeiterklasse.

**Eine Maßregelung im englischen Unterhause.** Bei der Berathung des Baldwin'schen Gesetzesvorschlages, durch welchen die Grafschaftsräthe zum Ankauf von Grund und Boden für öffentliche Zwecke verpflichtet werden sollen, unterbrach das Mitglied Cunnigham Graham die Ausführungen Aquith's und bezichtigte dieselben, wie „Wolff's Telegraphen-Bureau“ meldet, als Schwindel. Cunnigham Graham wurde deshalb einstimmig suspendirt. Derselbe rief beim Verlassen des Hauses, er werde wegen seiner Vertheidigung des Sozialismus suspendirt und werde sich freuen, die Frage vor hunderttausend Leuten im Hyde Park zu diskutieren; das Haus sei allerdings nicht der Ort, derartige Fragen zu berathen. Die Bill wurde schließlich mit 228 gegen 148 Stimmen verworfen. Die Regierung hatte dieselbe energisch bekämpft.

Cunnigham Graham ist der einzige sozialdemokratische Abgeordnete im englischen Parlament. Er ist ein glänzender Redner und wird sein Wort, im Hyde Park vor Hunderttausend zu reden, wahr machen. Die Suspension ist natürlich nur für eine begrenzte Zeit — für wie lange wissen wir noch nicht.

**Der englische Kohlengräberstreik.** Die Verhandlungen zwischen den streikenden Kohlengräbern von Durham und dem Ausschuss der Grubenbesitzer haben noch nicht zur Beendigung des Streiks geführt. Die Mehrheit der Bergleute hat die ihnen gemachten Vergleichsvorschläge abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Ein Theil der Grubenbesitzer wünscht augenscheinlich die Fortsetzung des Streiks, weil er die Kohlenpreise zu erhöhen verpflichtet. Hunderttausend Arbeiter zum Nichtsthun getrieben, und Hunderte von Unternehmern das Nichtsthun begünstigend, weil es profitabler ist als die Arbeit — kann man eine brennendere Satire auf die heutige Gesellschaft, diese „beste der Welten“ sich denken?

**Der Mord des bulgarischen Agenten.** Der kürzlich in Konstantinopel verhaftete, aber auf Intervention der bulgarischen Regierung wieder freigelassene Student Ruschelow steht durch seinen Vater in engen Beziehungen mit den bulgarischen Emigranten in Odesa. Seine Aussagen stellen außer Zweifel, daß die wirklichen Mörder Bulkwitsch's an Bord des russischen Dampfers „Jar“ entkommen, zwei Tage nach dem Mord in Odesa angelangt und dort unter dem Schutze der russischen Behörden nach dem Inneren abgereist sind. Werdshon und Christo sind in die Angelegenheit verwickelt, haben jedoch den Mord nicht ausgeführt. Bestimmte Auskunft könnten Wladimir Schischmanow, Naum Tufelschiew und Bone Oheoghiew geben; sie wüßten Alles. Aus den Aussagen Ruschelow's geht auch hervor, daß nach der Ermordung Welschew's dessen Mörder sich eine Woche lang in der Druckerei des Vaters Ruschelow's in Sofia versteckt hielten und dann mit diesem nach Odesa abreisten.

**Südamerikanische Wirren.** Der Zustand in der brasilianischen Provinz Matto Grosso scheint mit einer auch nach Bolivia und Peru herübergreifenden Erhebung der Indianerstämme gegen die Regierungen jener Staaten zusammenzuhängen. Den letzten aus Bolivia in London eingelaufenen Nachrichten zufolge hat diese Schilderhebung eine unerwartete Ausdehnung genommen. General Gonzales hat zwar einen Theil der Aufständischen in die Berge zurückgewiesen, doch sind die festen Plätze von La Paz und Suere in die Hände der Indianer gefallen. Die Indianer des oberen Amazonasstroms haben sich der Bewegung angeschlossen. Der Präsident Arco beabsichtigt, Brasilien, die argentinische Republik und Peru zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Aufständischen aufzufordern.

**Parteinachrichten.**

**Dachow bei Münchenberg.** Nach langer Zeit und schweren Mühen ist es uns endlich gelungen, auch hier einen Saal zu beschaffen, um die Besammlungen zu erhalten, und so hatten wir denn am 24. April zum ersten Male Gelegenheit, eine Parteibesammlungen abhalten und in derselben unsern bei der letzten Reichstags-Wahl aufgestellten Kandidaten, den Genossen Theodor Rechner aus Berlin, hören zu können. Die Versammlung war trotz der ungünstigen Witterung sehr gut besucht, selbst aus entfernter gelegenen Ortschaften waren die Leute herbeigekrümmt. Genosse Rechner sprach über die Sozialdemokratie, ihre Ursachen und ihre Ziele, dabei das Parteiprogramm in gemeinverständlicher Weise erörternd, wofür ihm reichlicher Beifall zu Theil wurde. Gegner waren wohl in der Versammlung zugegen, meldeben sich aber trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Worte. Die Versammlung erklärten sich dann in einer Resolution mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichteten sich einstimmig, für die Prinzipien der Sozialdemokratie einzutreten. Die Versammlung, in welcher auch die Frauen zahlreich vertreten waren, verlief in der ruhigsten Weise, sodas das Aufgebot verhältnismäßig zahlreicher Polizeimannschaften als vollständig überflüssig erschien.

**Parteigenossen von Berlin und Umgegend!** Wir richten nun an Euch die Bitte, uns bei etwaigen Ausflügen in unsere Gegend zu unterstützen, daß uns das Lokal erhalten bleibt, indem Ihr vorzugsweise in dieses einkehrt, umso mehr, da Euch dort sehr solide Preise und wirklich gute Speisen und Getränke geboten und die bekannten Scherereien dem Wirthe nicht erspart sind. Benutzt also den „Gasthof zur Märkischen Schweiß“, Berlinerstraße in Buslow! Der Vertrauensmann.

**Forst i. L.** Trotz des schlechten Wetters nahm die Maifeier einen glänzenden Verlauf. Vormittags fand eine von circa 2000 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Paul Zahn über die Bedeutung des Tages sprach. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachmittags sammelte sich, wie auf unsichtbares Kommando, auf dem Marktplatz ein Zug von circa 1500 Genossen, welcher sich nach dem Feldschloßchen in Bewegung setzte, wo im reich geschmückten Festlokal die eigentliche Feier stattfand und Genosse Zahn vor einer inzwischen auf über 3000 Personen angewachsenen Juberversammlung die Festrede hielt. Die ganze Maifeier verlief äußerst glänzend, würdevoll und ohne jegliche Störung. Die Polizei hielt sich fern.

**Achim.** Die hiesigen Sozialdemokraten hielten aus Anlaß der Maifeier eine öffentliche Volksversammlung ab, in welcher Genosse Müller aus Verden in trefflicher Weise über die Bedeutung des Festes bezw. über den Achtstundentag und den Arbeiterschutzes referirte. Die Versammlung schloß mit dem Gesange der Arbeiter-Marseillaise.

**Obshult (S. A.).** Das anlässlich der sozialistischen Maifeier veranstaltete Vergnügen verlief in imponanter Weise. Frau Farchmin-Gera referirte unter stürmischem Beifall über den Achtstundentag.

**Bromberg.** Guter Verlauf der Maifeier. Die Festrede hielt unter lebhaftem Beifall Genosse Riesop. Selbst die Gegner geben zu, daß die Feier gut besucht war. Wohl gegen 300 Personen hatten sich zusammengefunden, heißt es in den Lokalblättern. Die Polizei hätte etwas entgegenkommender sein können. Das für den Sonnabend angemeldete „Tanzvergnügen“ war nur von 7 bis 10 Uhr gestattet, für länger die Bewilligung zu geben lag „keine Veranlassung“ vor. Das Lokal mußte 10 Uhr pünktlich geschlossen werden. Für die drei Stunden waren 10 M. Vergnügungssteuer zu entrichten! Verschiedene Gelegenheiten durften bei dem „Tanzvergnügen“ nicht eröffnet werden.

**Das Ergebnis der Kölner Gewerbegerichts-Wahl** stellt sich im Einzelnen folgendermaßen. Es wurden in folgenden Gruppen Stimmen abgegeben:

Unternehmer			Arbeiter		
	überhaupt	sozialdemokr.	überhaupt	sozialdemokr.	sozialdemokr.
1. Gruppe	1	—	1. Gruppe	131	116
2. „	32	17	2. „	962	604
3. „	5	—	3. „	359	190
4. „	23	3	4. „	316	134
5. „	57	—	5. „	176	149
6. „	84	38	6. „	120	73
7. „	31	—	7. „	161	85
8. „	7	—	8. „	63	58
9. „	124	22	9. „	719	571
10. „	8	4	10. „	188	47

Für die Wahl der Unternehmer waren unersetzlich nicht in allen Gruppen Kandidaten aufgestellt. Gruppe 2 (Eisenindustrie) in der wir gestagt haben, hatte 3 Bewerber zu wählen; Gruppe 10 (Verkehrsgewerbe, Gärtner etc.), wo der Sieg unentschieden blieb und zwischen uns und dem Gegner das Loos entscheiden muß, 2 Bewerber. Bei der Wahl der Arbeiterbesitzer sind wir in Gruppe 10 (Verkehrsgewerbe, Gärtner etc.) mit beiden Kandidaten unterlegen und in Gruppe 5 (Wegger, Wäcker, Wirthe etc.) siegte von unsern 2 Kandidaten nur einer, so daß wir von 20 Kandidaten der Arbeiterbesitzer im Ganzen 17 durchgebracht haben. Bei den Unternehmern siegten von 20 nur 3 Kandidaten.

**Davos.** Der ehemalige Präsident des Arbeitervereins Davos, F. W. Roman, wird ersucht, seine Adresse umgehend an den genannten Verein gelangen zu lassen. Außerdem sind die deutschen Arbeitervereine um gefällige Mittheilung der Adresse Roman's gebeten, falls ihnen dieselbe bekannt ist. Roman war in Davos als Schneidernmeister etabliert. „Arbeiterverein Frohsinn“, Davos. Der Schriftführer: Konrad Zahn.

**Soziale Uebersicht.**

**Der Altonaer Schuhmacherstreik** ist beendet. Diejenigen Meister, welche nicht bewilligt haben, sollen veröffentlicht werden. Ein Extrabeitrag soll weiter erhoben werden, um einen Kampfsfonds zu haben, da voraussichtlich nach Pfingsten wieder Lohnreduzierungen vorgenommen würden, welchen man begegnen müsse. Jedoch sollen von jetzt an die Löhne nur 25 Pf. und die Verzeitharbeiten 10 Pf. wöchentlich bezahlet.

**Wegen Lohnstreitigkeiten** haben 86 Weber und Weberinnen der Tuchfabrik von W. J. Maassen in Aachen die Arbeit niedergelegt.

**Die Maurer u. Steinmetzen Wiens** haben, wie das Gerold'sche Bureau berichtet, an die Unternehmer das Gesuch gerichtet, man solle die Arbeitszeit auf die Zeit von früh 6 bis Abends 6 Uhr festsetzen und für Frühstück und Vesper je eine halbe Stunde Pause gewähren. Für den Fall, daß diese Forderungen nicht bewilligt würden, sollen sämtliche Bau-Arbeiter Niederösterreichs — nach Angabe des genannten Telegraphenbureaus — in den Streik eintreten wollen.

**Der Streik der Dockarbeiter in Swansea** soll nach telegraphischen Berichten miflungen sein.

**In Liverpool streiken**, wie die Londoner „Allg. Korresp.“ berichtet, seit Montag die Steinmetzen.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 6. Mai.  
**Opernhaus.** Don Joan.  
**Schauspielhaus.** Faust von Göthe.  
**Deutsches Theater.** Der Oboles.  
 Die Neuwahlten. Ein Gut.  
**Berliner Theater.** Noca.  
**Kessing-Theater.** Wahrheit?  
**Wallner-Theater.** Christliche Arbeit.  
**Residenz-Theater.** Der kleine Scherensdöber.  
**Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Die Mänon.  
**Adolph Ernst-Theater.** Bräulein Feldweibel.  
**Belles Alliance-Theater.** Der Günstling.  
**Avoll's Theater.** Die Hochzeit des Figaro.  
**Ostend-Theater.** Genoveva.  
**Festpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebäude-Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panopticum.**  
 Mann mit Steinkopf und Pigmy  
 v. Stanley-Zwergvolk.  
 10-1 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 166a, Ecke Behrenstr.  
**Riesin und Nuppen-See**  
**Aama,** größte Riesin, 16 J. alt, 9 F. groß.  
**Prinzess Pauline,** 16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Konzert**  
 mit humoristisch. Vorträgen.  
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Regelt. bahnen und 2 Cäle.  
**F. Sadtke.**

**Moabiter Gesellschaftshaus,**  
 Alt-Moabit 80/81.  
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und Spezialitäten.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.  
**Hellmuth Peters.**

**Welt-Restaurant**  
 Drednerstr. 97.  
 Heute und folgende Tage:  
 Auftreten der  
**1. bayr. Jodler, Konzertsänger**  
**und Schupplattler-Gesellschaft**  
**M. Jacob Damhofer.**  
 Erste Abtheilung der Koschat'schen Sänger, unter Protection des k. k. Kammerlängers und Komponisten Hrn. **Thomas Koschat.**  
 Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Allen Freunden u. Genossen empfehle mein neu eröffnetes **Weiss- und Bairischbier-Lokal.** 3 Zimmer sind zu vergeben, passend zum Arbeitsnachweis oder Jubiläum. Achtungsvoll  
**W. Schöbel,** Köpnickstr. 121 a.

**Achtung! Kein Laden.**  
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Kippenabak 2 Pfd. 60 Pfg. 1755 L.  
**H. F. Dinslage,** Rottebuserstr. 4, Hof part.

## Achtung! Maurer!

Sonntag, den 8. Mai, Vorm. 10 Uhr:

### Zwei grosse Versammlungen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

- 1) Für Moabit: im Viktoria-Saal, Berlebergerstraße 13. Referent: **Carl Behrend.** 428/1
- 2) Für Friedrichsberg, Lichtenberg, Rummelsburg und Umgegend: im Schwarzen Adler, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee. Referent: **Genosse Kehler.**

Tagesordnung: 1. Agitatorische und moralische Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Neue Mitglieder werden in beiden Versammlungen, wozu jeder Maurer Zutritt hat, aufgenommen. Die Kollegen vom Norden und Osten werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

### Große öffentliche Brauer-Versammlung

am Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Arbeitsordnungen.
  2. Die Lage unseres Gewerkes. Vortrag des Verbandsvorf. R. Wihle.
  3. Brauerei- und Arbeitsnachweis-Verhältnisse. 2849b
  4. Verschiedenes.
- Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

### Achtung! Zimmerleute! Achtung!

#### Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend

am Sonntag, 8. Mai, Vorm. 10 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77/79. 458/3

- Tagesordnung:
1. Die gegenwärtig schlechte Lage im Baugewerbe und wie ist derselben wirksam entgegenzutreten? 2. Abrechnung vom II. Quartal 1892.
- Kameraden! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Eure Pflicht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
 Die Lohnkommission. J. N.: E. O b st, Blumenthalstr. 8.

## Gravure, Ciseleur!

Sonnabend, den 7. Mai:

### IX. Stiftungs-Fest der Freien Vereinigung,

verbunden mit

Unterhaltungsmusik, Festrede, Theater-Vorstellung, Tanz etc. in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57. Anfang 8 Uhr.

Billets à 25 Pfg. sind zu haben bei den Kollegen C. Wolff, Reichenbergerstr. 148; Gutmann, Brunnenstr. 9, im Laden, und im Arbeits-Nachweis beim Kollegen Zwitz, Stalitzerstr. 125. Alle Kollegen und Genossen sind hiermit eingeladen. **Das Komitee.** 2855b

### Rummelsburg! Öffentl. sozialdemokrat. Versammlung für den Kreis Nieder-Barnim

am Sonntag, den 8. Mai 1892, Vormittags 11 1/2 Uhr, in der Reischach'schen Brauerei zu Stralau. 375/19

- Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Genossen des Kreises Nieder-Barnim zu der Verschickung der Partei-Konferenz der Provinz Brandenburg? 2. Diskussion.
  3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
- Entree nach Belieben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann: W. Forgbert.**

### Große öffentliche Versammlung der in der Blumen- u. Putzfeder-Branche u. verw. Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr, im Restaurant Feuerstein, Alte Jakob-Strasse Nr. 75. 67/2

- Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiter im Kampfe mit dem Kapital. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Die Einberuferin.**

**Achtung!**  
 Den Genossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Südosten) zur Nachricht, das alle diejenigen Genossen, welche im Besitz von Karten zur Wahlsteuer sind, dieselbe aber des schlechten Wetters wegen nicht mitgenommen haben, gegen Rückgabe der Billets die Festsetzung beim Genossen **Fritz Zubeil,** Mannustraße 86, täglich in Empfang nehmen können. **Der Vertrauensmann.** 391/20

Elegante  
**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
 in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt 2198L  
**Julius Lindenbaum,**  
 Berlin O., Frankfurterstrasse 139.  
 Spezialität: Anfertigung nach Maass.  
 Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

mit Kontrollmarken aus der Genossenschafts-Druckerei zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M.  
**Hüte**  
 Cylander eigener Fabrikation zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt **Paul Drenke Nachf.,** Oranienstr. 172.

**Casseler ohne Knochen, à Pfd. 75 Pf.**  
 Auch in einzelnen Pfunden. 2362L  
**F. Nietsch,** Schlächtermeister, Friedrichstr. 245, Wilhelmstr. 109/110.

## An die Arbeiterschaft Berlins u. Umgegend! Genossenschafts-Bäckerei.

Der großen Anforderungen, die an uns gestellt werden, und der eingetretenen Betriebsstörungen wegen sind wir nicht in der Lage, allen Wünschen gerecht zu werden. Wir bitten die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend, sich noch kurze Zeit zu gedulden. Die Verkaufsstellen werden am Sonnabend im „Vorwärts“ veröffentlicht. **Der Vorstand.** 95/10

Druckmaschinen jeder Art liefern gut u. zu soliden Preisen. Achtung! **Böllhoff & Schumann,** Teltowerstr. 17. Südwesten.

**Künstliche Zähne, Zahnziehen, Plombieren etc. O. Arendt,** Andreasstr. 60 (Eing. Al. Andreasstr. 2199L)

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Genthstraße 2.

Sobald erschien:

## Heft 16

der **Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**

(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)  
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und Kolporteurs entgegen.

### Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.

Öffentliche Verwaltung Berlin E. Sonntag, den 8. Mai, Vormittags 11 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**  
 im Lokale des Hrn. Wilke, Hochstr. 32a. Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom I. Quartal 1892.  
 2. Weiteres Bestehen der Kasse, ob Hilfs- oder Zuschusskasse? 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 2854b  
 Es wird ersucht, vollständig zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

### Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Maler und verw. Berufs.

Sonnabend, den 7. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:  
 Ausserordentliche Versammlung bei Hammerle, Bülowstraße 59. Tagesordnung: Stichwahl der Kandidaten zur General-Versammlung. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Die Ortsverwaltung.** 220/6

### Allg. Deutscher Sattler-Verein.

Sonnabend, den 7. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, b. Wionocke, Alte Jakobstr. 63: **Geschlossene Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Hrn. Dr. Pinn: Aus alter und neuer Zeit. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Erhebung einer vierzehnjährigen Extrastelle u. zur Titeländerung des Vereins. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** 265/18  
 NB. Diejenigen Kollegen, welche noch Billets vom Stiftungsfeste haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben in der Versammlung abzugeben. 265/18

1832L  
**Sophabezüge!**  
 Reste in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. dunt. Stoff, spottbillig. Emil Ledvre, Oranienstr. 158. **Proben franko!**

**Genossenschafts-Bäckerei**  
 für Berlin und Umgegend.  
 Der Prohverkauf befindet sich für Charlottenburg b. Lübel, Kraußstr. 55, und Warthalle Moabit Stand 209.

### Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 Sommer-Vallets, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquettos, Hosen, Westen etc. Ferner: Ahren, Betten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel etc. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

**A. Wergien,** Schneidermeister, 127 Stalitzerstraße 127. Bestellungen nach Maass werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

**Dr. Jgnaz Zadek**  
 July Zadek, geb. Nathan, Vermählte, [2862b]  
 Berlin, den 30. April 1892.

Unserm kranken Freunde u. Genossen **Gust. Steinmetz** zu seinem 30. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch G u t a v, sei nun heute mal vergnügt. Denn Du stirbst noch lange nicht. **Die rothen Brüder aus S-O.**

Unserm Regelbruder **E. Weissenborn** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifaches „Gut Joly“. **Regattklub Ratze.** 2845b

Am 3. Mai verstarb nach viermonatlichem Krankenslager unser altes und bewährtes Mitglied

**Carl Schöppler**  
 an der Lungenschwindsucht. Ein ehren- des Andenken bewahrt demselben **Der Unterstützungs-Verein deutscher Tabakarbeiter** (Zahlstelle Berlin). **Die Bevollmächtigten.**  
 NB. Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d., Nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Pringel-Allee, aus statt. 309/19

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes **Franz** sage allen denen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen haben, ganz besonders noch seinen Lehrmeistern, Herrn **Wolkopf u. Souffleben** sen. und jun., sowie dessen Personal meinen tiefgefühltesten Dank. **Berlin, den 5. Mai 1892.**  
**Frau Hofferek** nebst Sohn.

Sage hiermit allen Freunden u. Bekannten für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes meinen herzlichsten Dank. **Wwe. Lios und drei Kinder.** 2857b

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.  
**Cigarren-Geschäft Grünauerstr. 9**  
 hält sich Freunden und Genossen bestens empfohlen. 2360L

**Möbel-Aufbewahrung**  
 Transport u. Lagerung aller Möbelstücke ohne Verladung.  
 BERLIN S O. Köpenicker Str. Nr. 127.

**Alte Stiefel** für Herren, Damen und Kinder reell und billig Raunynstraße 2. 2855b

Empfehle den Genossen mein **Zigarren- und Tabak-Geschäft.**  
**G. Schlender,** 2708b  
 Thaeerstr. 63, nahe d. Frankfurter Allee

**Alte Stiefeln** für Herren u. Damen verl. Gen. Lehmann, Linienstraße 6. 2425b

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23 Pf.**

Kreiss. Bohrmasch. zur Würstchenfabr. Tischlerwerkz., Balancierz., Transmiss., Treibriemen, Komtoirpulte und vieles Andere sehr billig weg. Aufg. des Betriebes. **Harmonikafabrik Demminerstr. 6.** 68/14  
 Schlafst. f. 2 Herren sof. z. verm. bei **Burwig,** Stettinerstr. 19, v. port.



## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Berlepsch, Basse und Kommissarien.

Die zweite Beratung der Novelle zum Berggesetz von 1865 wird fortgesetzt. Die §§ 85 a-h, welche das Arbeitsbuch betreffen, so wie § 86, welcher die Verteilung zur unrichtmässigen Aufgabe der Arbeit, § 87, welcher den Besuch der Fortbildungsschulen betrifft, und §§ 88-93, welche die Verhältnisse der Aufsichtsbeamten regeln, werden ohne Debatte angenommen, ebenso die Aenderung der §§ 77, 189 und 196 des Berggesetzes, betreffend die Befugnisse der Bergbehörden.

§ 197 soll nach dem Antrage der Kommission folgende Fassung erhalten: „Für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, können die Ober-Bergämter Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen.“

Die Vorlage lautet: Insbesondere können die Ober-Bergämter, wenn durch übermäßige Dauer u. s. w. wie im Kommissionsbeschlusse.

Die Abg. Ditzel und Genossen beantragen: a) Die Regierungsvorlage wieder herzustellen; b) folgende Resolution anzunehmen: Die Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen: inwiefern eine Herabsetzung der Arbeitszeit in den Bergwerken der verschiedenen Ober-Bergamtsbezirke aus Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter erforderlich erscheint, und das Resultat derselben, sowie die auf Grund des § 197 des Allgemeinen Berggesetzes getroffenen, beziehungsweise beabsichtigten Maßnahmen dem Landtage mitzuteilen.

Abg. Ditzel: Meine Freunde haben in der Kommission beantragt, die achtsündige Schicht im Bergbau obligatorisch einzuführen. Wir stehen auch heute noch voll und ganz auf dem Boden dieses Antrages und wiederholen ihn nur deshalb nicht, weil derselbe keine Aussicht auf Annahme hat. Auerkannt wurde in der Kommission von allen Seiten, daß im Wege der Verordnung für einzelne Bezirke die Arbeitszeit der Bergarbeiter geregelt werden könnte. Wir beantragen nunmehr, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und die Regierung aufzufordern, über die ganze Frage eine Enquete zu veranstalten. Die schwierige Lage der Bergarbeiter erfordert eine besondere Fürsorge durch Verordnung oder Gesetz. Wenn schon in der Gewerbeordnung dem Bundesrat das Recht gegeben ist, für alle Arbeiter die Arbeitszeit zu begrenzen, so ist dies hier ganz besonders am Platze. Wir hoffen, daß wir allmählich durch die Entwicklung dahin gelangen werden, daß der achtsündige Normalarbeitstag beim Bergbau eingeführt wird. Wenn die Regierung die angeregte Untersuchung anstellen und sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber vernehmen läßt, wenn sie dabei auch die Statistik der Krankenlisten prüft, so wird sie sich wohl bald von der Notwendigkeit einer solchen Maßregel überzeugen.

Abg. Ritter (Freikonservativ): Es ist nicht wohl angänglich, für die Kohlenindustrie, welche sich auf die verschiedensten Teile des preussischen Staates verteilt und auf den verschiedensten Grundstücken basiert, eine allgemeine Normalzeit einzuführen. Von diesem Gesichtspunkte ist auch die Gewerbeordnung ausgegangen, denn danach kann event. der Bundesrat die Arbeitszeit verhängen. Man wollte aber nicht durch eine generelle Bestimmung die Industrie und auch die Arbeiter schädigen. In der Vorlage müßte als Ersatz für den Bundesrat eine Landesbehörde gefunden werden. Die Kommission hat trotz mancher Bedenken sich schließlich für die Ober-Bergämter entschieden, mit der Maßgabe jedoch, daß diese nur für einzelne Betriebe eine Entscheidung treffen können, weil sonst die Behörde über ein ganzes Revier aus allgemeinen Rücksichten eine Aenderung der Arbeitszeit einführen und darin der Keim einer Normal-Arbeitszeit gesunden werden könnte. Gegen diesen muß ich mich erklären, nicht bloß wegen der Verschiedenheit der Reviere, sondern auch weil eine ausgleichende Gerechtigkeit mit anderen Industrien hier Platz greifen und der freie Arbeitsvertrag in Geltung bleiben muß. Großjährige Arbeiter müssen das Recht haben, ihre Arbeitszeit selbst zu bestimmen und ihre Arbeitsfähigkeit selbst zu tagieren. Die Regierungsvorlage giebt hierzu nicht die nötige Garantie. Deshalb stimme ich für die Kommissionsfassung. Eine Enquete über den Bergbau hat bereits 1889 stattgefunden, und eine neue Enquete würde nicht zur Beherrschung der Arbeiter führen, von welcher der Abg. Stödel gesprochen hat.

Abg. Schmieding (natl.): Nach § 196 des Allgemeinen Berggesetzes steht der Bergbau unter der polizeilichen Aufsicht der Bergbehörde, diese erstreckt sich auf die Sicherheit des Baues und die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter; und nach § 197 sind die Ober-Bergämter befugt, für den ganzen oder nach § 197 sind die Ober-Bergämter befugt, für einzelne Teile des Umfangs ihres Verwaltungsbezirks oder für einzelne Teile derselben Polizeiverordnungen über die im § 196 erwähnten Gegenstände zu erlassen. Von dieser Machtbefugnis haben die Ober-Bergämter in der ausgedehnten Weise Gebrauch gemacht. Wo die Erdwärme in den Bergwerken 29 Gr. C. übersteigt, haben wir sogar eine nur sechsstündige Schicht. Außerdem sind die Grubenverwaltungen verpflichtet, Bestimmungen über Anfang und Ende der Arbeitszeit in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Eine Aenderung des Berggesetzes, wie sie hier in § 197 gewünscht wird, ist also gar nicht notwendig. Der Unterschied zwischen der Kommissionsfassung und der Regierungsvorlage ist der, daß nach der ersteren es nicht mehr möglich sein wird, den Normal-Arbeitszeit für den Bergarbeiter durch die Ober-Bergämter einzuführen. Die Bestrebungen des Zentrums gehen dahin, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, damit die Ober-Bergämter dieses Recht bekommen. Wir können der Fassung in der Regierungsvorlage unsere Zustimmung nicht geben, weil ein Hauptfehler in der Unklarheit liegt. Es geht aus dem Antrage Ditzel nicht hervor, ob in die achtsündige Schicht die auf die Ein- und Ausfahrt verwendete Zeit mit einbezogen sein soll oder nicht. Wir in Westfalen haben schon die achtsündige Schicht eingeführt, freilich ausschließlich der Ein- und Ausfahrt. Ich würde dringend wünschen, nachdem Bundesrat und Reichstag die Einführung des Normal-Arbeitszeit abgelehnt haben, nicht den Bergbau als Versuchsfeld für die gesetzliche Einführung des Normal-Arbeitszeit zu benutzen. In Bezug auf die vom Zentrum verlangte Resolution möchte ich darauf verweisen, daß die hier verlangte Enquete in der allererweiterten Weise vor zwei Jahren stattgefunden hat.

Abg. Engel (l.): Was die Dauer der Arbeitszeit betrifft, so ist im Kommissionsbericht gesagt, daß als Arbeitszeit nicht die am Arbeitsorte verbrachte, sondern die Zeit unter Tage, also einschließlich der auf Ein- und Ausfahrt verwendeten, gerechnet werden soll. Für mich giebt es nur zwei Möglichkeiten: einmal denjenigen Zeitraum, den die Arbeiter am Arbeitsorte zubringen, nur das würde ich Arbeitszeit nennen, im Gegensatz zur Schichtdauer vom Beginn der Einfahrt bis zum Ende der Ausfahrt.

Abg. Meyer-Berlin (Dr.): Der Abg. Ditzel hat selbst gesagt,

daß er mit seinem Antrag auf Einführung der Normal-Arbeitszeit bei keiner Partei Gegenliebe gefunden hat. Auch ich bekenne mich dazu, gegen denselben gestimmt zu haben, ich bin noch heute derselben Ansicht. Ich bin der Meinung, daß man die Arbeitszeit nicht ohne Noth beschränken und nicht verschiedene Verhältnisse in eine Form drängen soll. Dagegen halte ich an dem Recht der Aufsichtsbehörden fest, in denjenigen Fällen einer Ueberanstrengung der Arbeiter vorzubeugen, wo aus einer solchen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit hervorgehen können. Ich habe es deswegen für richtig gehalten, daß eine Bestimmung erlassen wird, welche es ermöglicht, in solchen Fällen, wo eine Grube zu heiß oder zu feucht ist, und wo sonstige ungewöhnliche Mischstände vorliegen, zu verbieten, daß in solchen Gruben ein gewisses Maß von Zeit hinaus gearbeitet werde. Ich halte daher den Antrag der Kommission für einen durchaus zutreffenden. Was die Resolution des Abg. Ditzel anbelangt, so findet sich dieselbe mit den von mir vorgetragenen Grundgedanken vollständig im Einklang. Sie verlangt nichts weiter, als Aufklärung zu schaffen über bestehende Verhältnisse, und Klarheit über Arbeiterverhältnisse können wir niemals zu viel erhalten. Daß das in die Kreise der Arbeiter von Neuem Beunruhigung hineintragen könnte, ist durchaus nicht der Fall. Wenn die Verhängung der Arbeitszeit, soweit sie notwendig ist, durch freiwilliges Uebereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern genommen werden könnte, so würde ich das einer gesetzlichen Bestimmung vorziehen. Aber hier liegt die Sache schwieriger als bei anderen Betrieben, denn im Bergbau giebt es noch große Arbeitgeber, die vor aller Welt das Prinzip verkündet haben: „Mit Arbeitern verhandle ich überhaupt nicht, — ein nach meiner Meinung überaus schädliches Prinzip. Nun, wenn diese nicht mit den Arbeitern verhandeln wollen, wird die Regierung Veranlassung nehmen, im Namen der Arbeiter zu verhandeln; und um der Regierung die notwendige Grundlage dazu zu geben, bitte ich Sie, für die Resolution zu stimmen.“

Minister v. Berlepsch: Ueber die Frage des Normal-Arbeitszeit ist im Reichstag und in der Kommission so viel gesprochen, daß ich dem hier nicht mehr zuzufügen habe. Uebrigens spricht man hier mißbräuchlich von einem Normalarbeitstag, es müßte „Maximal-Arbeitszeit“ heißen, und auch, wo ich von den internationalen Abmachungen sprach, meinte ich immer den Maximal-Arbeitszeit. Der Normal-Arbeitszeit liegt bisher allein den sozialdemokratischen Anträgen zu Grunde, von denen sich die übrigen Parteien bisher fern hielten. Abg. Schmieding meinte, daß der Reichstag in Bezug auf die übrigen Industrien sich zum Normal-Arbeitszeit ablehnend verhalten habe, aber diese Ablehnung erstreckte sich auch ausdrücklich auf den Bergbau. Was den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage betrifft, so sieht die Regierung in dem Kommissionsantrag weder eine Verbesserung noch auch eine Verschlechterung des Gesetzes. Weder in dem Kommissionsvorschlag, noch in der Regierungsvorlage liegt der Keim zur Einführung eines Normal-Arbeitszeit. Der übermäßigen Ausdehnung des Betriebes in gesundheitsgefährlichen Werken, sei es durch regelmäßige, sei es durch Nebenschichten, kann man auch nach der Kommissionsfassung genügend entgegenzutreten, und darum habe ich keinen Anlaß, mich dagegen zu erklären.

Abg. v. Bodelberg (l.): Wir treten für die Kommissionsbeschlüsse ein, weil wir in einer Zeit leben, in der man den Arbeitern möglichst viel Konzessionen machen muß; aber darüber hinaus können wir nicht gehen, namentlich müssen wir uns gegen die Resolution Ditzel erklären, welche große Beunruhigungen unter den Bergleuten hervorrufen dürfte.

Inzwischen hat Abg. Hammacher folgende motionierte Tagesordnung beantragt: Im Vertrauen auf die von der königlichen Staatsregierung dem Wohle der Arbeiter zugewandte Fürsorge, und im Hinblick darauf, daß infolge des Ministerialerlasses vom 25. Mai 1889 eine eingehende Untersuchung der Bergarbeiterverhältnisse stattgefunden hat, über den Antrag der Herren Abgeordneten Ditzel und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Hammacher (nl.): Ich muß mich entschieden gegen die Resolution Ditzel aussprechen, denn nachdem erst der Bericht des Jahres 1889 erschienen ist, haben wir keinen Anlaß, uns nochmals über die im Bergbau thatsächlich bestehenden Verhältnisse zu informieren. Alles, was im Bergbau Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet, wollen wir beseitigen; die Resolution geht aber viel weiter, sie will Untersuchungen über die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit anstellen, und die Regierung dazu aufzufordern, liegt kein Anlaß vor. Da die Ordnung der Arbeitszeit den Ausgang der aller schlimmsten internationalen Agitation bildet, bitte ich Sie, nicht durch Annahme der Resolution ein neues Scheitern in das lobende Feuer zu werfen.

Abg. Ebert (Dr.): Die Denkschrift von 1889 giebt auch entfernt kein erschöpfendes Urtheil über die Dinge, um die es sich hier handelt, ja, die jetzt verlangte Enquete würde erst eine notwendige Ergänzung der damaligen Untersuchung bilden. Im Lande wird man nicht verstehen, wie das Haus in der hier verlangten thatsächlichen Feststellung einen Anlaß zur Beunruhigung der Arbeiter erblicken kann.

Minister v. Berlepsch: Die Frage, ob durch die Resolution in die Arbeiterkreise Unruhe getragen wird, hängt ganz von der Durchführung der gewünschten Erhebungen ab; vornimmt man einzelne Arbeiter, so wird es kaum an Beunruhigung fehlen, wendet sich aber das Ministerium an die einzelnen Ober-Bergämter mit der Aufforderung, Mittheilungen über die thatsächlichen Verhältnisse zu machen, wie sie den betr. Ober-Bergämtern bekannt sind, so fällt natürlich jede Beunruhigung fort; aber bei dieser Auffassung ist die Resolution überflüssig, denn selbstverständlich wird sich bei Durchführung des Gesetzes die Centralstelle an die unteren Instanzen behufs genauerer thatsächlicher Mittheilungen wenden. Diese einzufordernden Mittheilungen über thatsächliche Verhältnisse brauchen nur einen geringen Umfang zu haben, denn es giebt schon jetzt keine Grube in Preußen, in Bezug auf welche die dort eingeführte Arbeitszeit dem Ministerium und den Ober-Bergämtern unbekannt wäre. Die Behörde wird hauptsächlich zu fragen haben, wo die sanitären Verhältnisse einen Anlaß zum Einschreiten bieten, was nur bei sehr wenigen Gruben der Fall sein wird. Dagegen kommen, wenn auch selten, aber immerhin doch einzelne Gruben vor, namentlich Braunkohlengruben, wo die Arbeitszeit zu groß ist, wo die Leute bis zu 14 Stunden unter Tage arbeiten, wo also eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten müßte. Ich habe also keinen Grund, mich weiter gegen die Resolution auszusprechen, aber ich halte sie nicht für nöthig. Uebrigens halte ich sie in ihrem letzten Theil für zu weit gehend, wo sie eine Mittheilung nicht nur der von der Regierung vorgenommenen, sondern auch der beabsichtigten Maßnahmen verlangt; das geht gewiß zu weit, so wenig ich auch der Kontrolle durch den Landtag entgegenwill. Der Reichstag ist an der entsprechenden Stelle bei Weitem nicht so weit gegangen.

Abg. Ditzel (3): Es herrscht eine grobe Enttäuschung in Arbeiterkreisen, daß hier eine Regelung der Arbeitszeit nicht vorgefallen ist, während die Arbeiterkongresse sich mit dieser Frage befaßte. Ich hätte gewünscht, daß Sie Ihr Vertrauen zu der Regierung auch bei den Bestimmungen der Vorlage bekundet hätten, welche zu Gunsten der Arbeiter ausfallen. Die vor drei Jahren angestellte Enquete über die Arbeiterverhältnisse betonte

das hygienische Moment, jetzt wollen wir eine Enquete, welche sich speziell auf die Arbeitszeit erstreckt, um auf eine präzise Formulirung der Gesetze über diesen Punkt hinzuwirken.

Abg. Graf Limburg-Sturum (l.): Wir werden dem Antrag Hammacher zustimmen.

Abg. Bacher (3): Wir wollen eine Regelung der Arbeitszeit lediglich im Interesse der Sicherheit, der Gesundheit und der sozialen Wohlfahrt der Arbeiter und lehnen die Regelung im Interesse des Lohnkampfes zwischen Arbeitern und Arbeitgebern entschieden ab. Sollte aber das Eingreifen des Staates auf dem Gebiete des Lohnkampfes durch die Verhältnisse notwendig werden, so werden wir auch an diese Frage mit offenem Bist herantreten.

Minister v. Berlepsch: Wenn der Abgeordnete Ditzel beauftragt worden wäre, dieses Gesetz durchzuführen, so hätte er ebenso wie ich dem Kommissionsbeschlusse zustimmen müssen, wenn durch denselben dasselbe erreicht wird, wie durch die Regierungsvorlage.

Abg. Hammacher (nl.): Der Abg. Bacher stellt in Aussicht, daß die Frage aufgeworfen wird, ob man nicht auch die Höhe des Lohnes durch die Gesetzgebung festzustellen hat. Nach einige weitere Schritte, und wir fahren mit vierpännigem Wagen in den sozialistischen Staat hinein. Ein Grund zur Enquete über die Arbeitszeit liegt nicht vor, nachdem der Minister gesagt hat, daß die Regierung fortwährend diesem Punkte ihre Aufmerksamkeit schenkt und bereits im Besitze alles gewünschten Materials ist.

Abg. Stödel (3): Im Lande wird man es für unmöglich halten, daß die Regierung eine Vorlage vor den Landtag hätte bringen können, durch welche die Grundbesitzer geschädigt werden sollten. Den Arbeitern kann man es daher nicht übel nehmen, wenn sie verlangen, was ihnen die Regierung hier geboten hat. Ich halte dasjenige, was die Regierung vorgelegt hat, für das Minimum dessen, was man den Bergarbeitern hätte gewähren müssen.

Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und des mildkonservativen Abgeordneten v. Meyer-Andwalde abgelehnt, der Kommissionsbeschlusse wird angenommen. Der Antrag Hammacher wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Freisinnigen zum Beschluß erhoben; damit ist der Antrag Ditzel erledigt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen. Ebenso erledigt das Haus ohne Debatte in zweiter Beratung den Gesetzentwurf, betreffend die Verlegung der Landes-Bau- und Bettage.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Grimm im 11. Wahlbezirk des Regierungsbereichs Bielefeld beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Das Haus beschließt darauf mit 150 gegen 118 Stimmen die Zurückverweisung an die Wahlprüfungs-Kommission.

Sobann wird die Wahl des Abg. v. Sells für gültig erklärt.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Petitionen.)

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 5. Mai, Nachmittags 5 Uhr.

Die Versammlung ehrt das Andenken des am 28. April verstorbenen Stadtv. Reibauer in der üblichen Weise.

In den Ausschuss zur Vorberatung des Antrages Stadthagen, betr. den Erlass eines Ortsstatuts zum obligatorischen Besuch der Fortbildungsschulen seitens der männlichen Arbeiter unter 18 Jahren, wird an Stelle des Stadtv. Beelich auf Vorschlag des Stadtv. Meyer I der Stadtv. Michelet durch Klammation gewählt.

Als Sommer-Ferienzeit für die Versammlung werden auf Vorschlag des Vorstehers die Monate Juli und August bestimmt.

Die Vorlage betreffend die Stizze zum Neubau einer dreisprachigen Schule in der Stephanstraße ist von einem Ausschuss vorberathen worden. Derselbe hat den Magistratsvorschlag mit überwiegender Mehrheit angenommen und beantragt demgemäß bei der Versammlung: 1. Die Stizze zu genehmigen, 2. die Zustimmung zu der Absicht des Magistrats zu geben, in dieser Schule versuchsweise Brausebäder für Schüler und Schülerinnen einzurichten. Außerdem schlägt der Ausschuss folgende Resolution vor:

Den Magistrat zu ersuchen, bei Ausführung von städtischen Bauten auf Herstellung geeigneter Räume in den Kellergeschossen zur Auszahlung von Löhnen an die Park- und Straßentrümmungs-Arbeiter, Unterbringung von Arbeitsgeräthschaften, Schläuchen zc. Bedacht zu nehmen.

Stadtv. Esman hat Bedenken gegen die Errichtung dieser Brausebäder in öffentlichen Schulanstalten, er beschließt davon eine Beschädigung des Schamgefühls der älteren, bereits entwickelten Mädchen durch das gleichzeitige Baden mit ganzen Abtheilungen von Altersgenossen und erklärt Noabit für die allergeringste Gegend zur Anstellung eines derartigen Experiments.

Stadtschulrath Vertram entgegnet, daß der Zug der Zeit unverkennbar auf die Errichtung solcher Anstalten hindeutet. Noabit habe zwischen 110 000 und 120 000 Einwohner und erstrecke sich im Winter nur einer einzigen Badeanstalt, während im Sommer allerdings deren zwei vorhanden seien. Aber was wollten zwei Anstalten für einen Stadttheil mit solcher Bevölkerung befragen? Man habe sich in Berlin viel zu sehr an den Glauben gewöhnt, daß das Badebedürfnis der Bevölkerung überhaupt nicht zu befriedigen sei, und sei deshalb mit derartigen Einrichtungen viel zu sehr zurück. Die Stadt Berlin habe sich durch eine Reihe anderer Städte in dieser Hinsicht über-treffen lassen.

Stadtbaurath Blankenstein bemerkt, daß technisch gegen die geplante Einrichtung Bedenken nicht vorliegen.

Stadtv. Dinsie empfiehlt ebenfalls den Magistratsvorschlag, der darauf mit großer Mehrheit von der Versammlung angenommen wird.

Es folgt die Wahl eines besoldeten Stadtraths an Stelle des zum Syndikus gewählten bisherigen Stadtraths Weise. Es erhalten Stimmen der Magistratsassessor Tourbié 22, Magistratsassessor Nagdan 37, Magistratsassessor Bohm 24. In der engeren Wahl unter diesen 3 Kandidaten erhalten Tourbié 52, Nagdan 40, Bohm 11 Stimmen. Der Erstgenannte ist danach mit der absoluten Mehrheit zum besoldeten Stadtrath auf 12 Jahre gewählt.

Die Verwendung des städtischen Geländes an der Ecke der Buggenhagen- und Bremerstraße nördlich der Markthalle X, theils zur Anlage eines Spielplatzes, theils für eine Lagerhalle und einen Geräthschuppen der Parleputation empfiehlt der niedergesezte Ausschuss unter Bewilligung der Kosten von 3700 M. zu genehmigen. (Die ursprüngliche Vorlage hatte auf



dem Terrain zwei Spielplätze vorgesehen; der Ausschuss hat einem einheitlichen größeren Spielplatz den Vorzug gegeben.)

Die Versammlung tritt dem Ausschussantrage bei und berätigt darauf auf Antrag Langerhans vorweg den Antrag Meyer II wegen der Projekte zur Umgestaltung der Schloßumgebungen, der nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Die Stadtv. Meyer II, Langerhans, Dermes, Birchow, Bohlgemuth und Selle beantragen:

den Magistrat zu ersuchen, ihr baldigst Mittheilung davon zu machen, ob er in Verhandlungen betr. die Freilegung der Umgebungen des Schlosses eingetreten ist, mit wem diese Verhandlungen gepflogen werden und welchen Inhalt sie haben.

Stadtv. Meyer II: Nach den neuesten Zeitungsnotizen müssen wir glauben, daß der Magistrat uns Ausschuss geben kann über Projekte, welche bisher im Halbdunkel ihr Dasein gefristet haben, welche aber in der Bürgerschaft lebhafteste Erörterungen erregt haben und vielleicht zu ernst sind, um mit dem Spott abgefertigt werden zu können, den sie herausforderten. Die Gestaltung der öffentlichen Straßen und Plätze ist Sache der Behörden; nicht aber haben dabei Privatpersonen in den Vordergrund zu treten, um derartige Angelegenheiten selbstständig in die Hand zu nehmen (Sehr wahr!). Die Gefahr, daß dem ersten Schritte auf diesen dunklen und verschlungenen Wegen zum Nachtheil der Stadt weitere folgen müssen, hat sich für die Stadt bereits verwirklicht, nachdem sich die städtischen Behörden bei der Niederlegung der Schloßfreiheit die Initiative haben aus der Hand winden lassen. (Sehr richtig!) Es sind bei allen löblichen Absichten auch sehr materielle Interessen mit diesen Projekten verknüpft gewesen, es sind von Privatpersonen sehr große Lotterierprovisionen bei dem Schloßfreiheitsprojekt eingeführt worden. Jeder betreibt das Geschäft, welches er gelernt hat (Weiterkeit), wir haben uns aber gegen solche Bestrebungen zu wehren, die eigentlich die Stadt beleidigen. Aber auch das Ziel dieser Projekte müssen wir mißbilligen, wir können nicht um irgend einer künstlerischen Laune willen in gefundes Fleisch schneiden. Schon heute neigt man auch in den Kreisen, die sich für die Niederlegung der Schloßfreiheit begeisterten, zu der Annahme, daß der gewollte Zweck nicht erreicht wird. Es wäre ja nun möglich, daß die Umgestaltung der langen Brücke Umbauten am Schloßplatz nöthig macht, aber darüber der Kommune ihr unlegitimiertes Urtheil aufzudrängen, hat keine Privatperson das Recht! (Zustimmung.) Es handelt sich weiter um die Niederlegung des Nothen Schlosses, um die Erweiterung und Verlegung des Spreecarrees. Man spricht von einem Ententeich. Dergleichen Leiche mögen in ländlicher Umgebung ein nicht zu verachtendes Jozyl sein, aber nicht in großen Städten. Das Baurecht Schinkels verlangt auch Respekt. Alle diese Pläne sind gleichmäßig phantastisch und kulturwidrig. Man soll Berlin nicht plötzlich umgestalten wollen nach den Ideen eines namenlosen Komitees. Auch von dem Mittel einer Lotterie ist wieder die Rede. Wenn man nicht weiß, wo oder wie, dann macht man schamlos "ne Lotterie" (Weiterkeit). Im Interesse der Stadt, im Interesse der Erhaltung der wirtschaftlichen guten Ordnung unter den Bürgern müssen wir gegen solche Verlockungen einschreiten. Hoffentlich wird das Magistratskollegium und jedes seiner Mitglieder gegen diese Pläne eine straff ablehnende Haltung einnehmen. (Beifall.)

Stadtv. Voigt: Die verschiedenen Gegenstände des Antrags sind der Begründung sind für den Magistrat vollständig getrennt. Es besteht ein Gemeinbeschluss, wonach die Stadt sich bereit erklärt hat, die freigelegte Schloßfreiheit zu einem Schmuckplatz zu gestalten. Diese Angelegenheit steht ganz außer Zusammenhang mit der Frage der Beseitigung der Häuser zwischen Breitestraße und Kurfürstenbrücke. Die erste Frage ist erschwert worden durch ihre Verknüpfung mit der Frage der Denkmalsaufstellung. Durch diese Verknüpfung ist die Leitung der Verhandlungen über die Gestaltung des Platzes auf das Reichsamt des Innern übergegangen. Unter dieser Leitung hat neuerlich eine Konferenz stattgefunden; da wurde auch das Projekt eines Baumeisters Jiller zur Kenntniss gebracht, welches das Terrain vor dem Schlosse und bis zum Werder'schen Markt betraf; das Projekt ist aber nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen. Die Absicht, das Schloß mit einer Terrasse zu umgeben, kam auch zur Sprache, die Bedenken dagegen sind hervorgehoben, ein Beschluss aber nicht gefasst worden. Die Frage wegen Ueberlassung des Helmschen Grundstücks ist auch von gewissen Vorbehalten abhängig gemacht worden. Die event. Beseitigung der Häuser auf der Südseite des Schloßplatzes, die über die Fluchtlinie von der Bräckerstraße hinausgehen, ist schon 1881/82 im Magistratsbesernat erörtert worden, aber die Angelegenheit schiederte am Kostenpunkt. Als der Schloßbrunnen aufgestellt werden sollte und der Umbau der Kurfürstenbrücke, welche nachtheiligerweise schräg zur Achse des Flusses liegt, in Betracht kam, wurde wiederum nichts daraus, bis jetzt dem Magistrat von dem Ober-Berwaltungsgerichtsrath Kunze der Antrag unterbreitet wurde, daß er zur Beseitigung der Gebäude durch die Stadt 1 1/2 Millionen beitragen würde, die nicht im Wege einer Lotterie beschafft werden sollten. Da das Projekt aus sachlichen Gründen als wünschenswerth bezeichnet werden muß, die Brücke sich dann günstiger bauen, der Verkehr besser anordnen läßt, so hat der Magistrat geglaubt, dem Projekt nicht mehr so ablehnend gegenüber zu stehen. Er hat beschlossen, daß die Sache gänzlich außer Zusammenhang mit irgend einem Lotterienprojekt zu bleiben habe, und die Baudeputation beauftragt, ein Projekt für die Regulierung des Schloßplatzes aufzustellen.

Stadtv. Singer: Ich bin dem Magistratsvertreter außerordentlich dankbar dafür, daß er Herrn Kunze aus dem mysteriösen Dunkel endlich einmal auf die Bildfläche gebracht hat. Dieser Umstand ist viel werth. Weiter aber kann ich meine Zustimmung zu den Ausführungen des Stadtraths Voigt nicht erstrecken. Wichtiger wäre es wohl gewesen, wenn der Magistrat die Frage nicht mit derjenigen Sympathie behandelt hätte, wie es geschehen ist. Ich hätte gewünscht, daß auch im Magistratskollegium die Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen wäre, daß, wenn die Stadt Berlin es für nothwendig hält, im öffentlichen Interesse Häuser niederzureißen, sie dazu der Gaben sogenannter patriotischer Leute nicht bedarf. Die unmittelbare Konsequenz dieses Standpunktes wäre gewesen, das Anerbieten des Herrn Kunze pure abzuweisen. Damit wäre der Stadt mehr gebient gewesen als durch die Verhandlungen mit diesem Herrn. Daß die beiden Angelegenheiten vollständig zu trennen sind, kann formell nicht in Abrede gestellt werden, aber thatsächlich ist die bisherige Art der Verhandlungen einzig und allein die Folge jenes Beschlusses gewesen, der zur Niederlegung der Schloßfreiheit führte. Der Magistrat sollte doch nicht Vogelstrauch-Politik treiben, denn die Frage der Neugestaltung der Umgebungen des Schlosses ist nichts als eine Folge jenes ersten Beschlusses. Auch ist, mit dem Ausschluß jeder Lotterie die Angelegenheit durchaus nicht abgemacht. Die ganze Auffassung des Magistrats entbehrt für mich der Klarheit und namentlich des Rückgrats, welches ich lebhaft wünschen würde. Ich bitte daher um die Annahme des Antrages, weil ich hoffe, daß dem Magistrat klar werden wird, daß damit zugleich ein Votum in der Sache selbst abgegeben und er niemals auf die Zustimmung der Versammlung zu rechnen haben wird. Es ist ja ein Akt hoher Selbstverleugnung unseres Oberbürgermeisters, wenn er, wie die Zeitungen schreiben, dem Kunze'schen Projekt nicht ganz abgeneigt gegenübergehandelt hat. Aber so edel und anerkennenswerth diese Eigenhaft ist (Weiterkeit), wir haben doch keine Veranlassung, deswegen diesem Projekt näherzutreten. Einmal werden die Grundstücke doch viel theurer sein, dann aber wird, was durch die Verbreiterung des Platzes etwa für den Verkehr gewonnen werden könnte, durch das verhärmte Terrassenprojekt sofort wieder weggenommen werden. (Zwischenrufe: Viel mehr! Doppelt soviel!) Wenn man allerdings auf dem Standpunkt des Magistratskommissars steht, daß es für eine Brücke ein Unglück ist, daß sie nicht rechtwinklig zur

Achse des Flusses liegt, daß Brücken und Flüsse sich nach den benachbarten Schlössern zu richten haben, dann liegt die Sache anders. Ich kann nun nicht mit Herrn Meyer darin übereinstimmen, daß er gerade auf die fleischwürgigen Privatpersonen die Schale seines Hornes ausgegossen hat. Viel berechtigt hätte sich sein Groll gegen die amtlichen Stellen gewendet, welche es den Privatpersonen erst ermöglichten, zu glauben, daß man auf ihre Wünsche eingehen wird. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Vertretung der Stadt Berlin von diesen Projekten loslöst. Die Frage braucht gar nicht so delikate behandelt zu werden, es handelt sich hier um Stellenjäger, um Spekulation auf Auszeichnungen und um materiellen Gewinn. Wir haben also keinen Grund, mit unserer Meinung hinterm Berge zu halten. Der Magistrat wird gut thun, wenn er aus der Annahme des Antrages die Ablehnung aller derartigen Projekte durch die Versammlung für sich herauslöst.

Bürgermeister Jelle: Ich bitte, die Angelegenheit durch die Debatte und die Antwort des Magistrats als erledigt anzusehen. (Widerpruch.) Wir im Magistrat werden eine weitere Antwort zu geben nicht im Stande sein. Herr Singer sprach von Projekten, an welchen der Magistrat mehr oder minder theilhaftig sein soll. Von dem Projekt eines Leiches oder der Beseitigung der Bau-Abadie ist absolut nicht die Rede. Der Magistrat ist nicht damit befaßt. (Zwischenruf: Kommt noch!) Es sind das bloße Gerüchte. Der Magistrat ist nur mit der Herstellung der Schloßfreiheit als Schmuckplatz beschäftigt und mit der Frage, ob nicht noch bei der Umgestaltung der Kurfürstenbrücke über das eine Haus, das ohnehin angekauft werden muß, hinausgegangen werden solle. (Ab!) Die Kurarbeit der Pläne ist unserer Bau-Deputation übergeben. Der Oberbürgermeister hat sich mit diesen Projekten gar nicht abgegeben. Herr Singer behauptete, daß ganz ehrenwerthe Personen aus den Kommunalbehörden sich dazu hergegeben hätten, Projekte wie die Niederlegung der Schloßfreiheit mitzumachen. Was die Niederlegung der Schloßfreiheit betrifft, so ist das noch nicht auch bloß eine ästhetische Grille. Man hat sich doch gefreut, daß dort ein Schmuckplatz, eine wirkliche Freiheit entstehen soll. Die Absicht dazu wurde ja seit mehr als 10 Jahren vergeblich verfolgt. Die Lotterie war uns keineswegs angenehm. Im Gegenstand, um den Schmuckplatz für die Stadt zu retten, haben Herr Stroß, Herr Naas und ich uns geopfert. Die Lotterie war doch nicht abzuwenden. Damit glaubten wir uns den Dank beider Kollegien zu verdienen.

Stadtv. Langerhans kann nicht ganz zugeben, daß mit diesen Erklärungen die Sache erledigt ist. Der Magistrat sei offenbar nicht scharf genug vorgegangen. Waren bei den Besprechungen im Reichsamt des Innern Magistratsvertreter zugegen, dann hätten diese sofort ganz energisch gegen die vorgeführten neuen Projekte Front machen müssen. Noch ersäunlicher sei, daß man jetzt das Helmsche Grundstück städtischerseits nicht vorbehaltlos hergeben wolle, während das Gegenstück seiner Zeit stipuliert worden sei. Ein solches Gebenlassen könne die Versammlung nicht billigen. Noch viel weniger wolle sie mit derartigen unangenehmen Geschäften, wie Lotterien, irgend etwas zu thun haben.

Stadtv. Voigt entgegnet, daß die Magistratskommissare gegen das weitergehende Projekt nicht auftreten konnten, weil es nicht Gegenstand der Beratung war (Weiterkeit).

Stadtv. Barth beantragt, den Magistrat zu ersuchen, beiden Verhandlungen über die Umgestaltung des Schloßplatzes gänzlich von der Ausbringung der Kosten durch private Beiträge abzusehen. (Widerpruch.)

Stadtv. Voigtmann: Die Erklärungen des Magistrats genügen nicht, höchstens beweisen sie, daß Herr Kunze geschickter als die Magistratsvertreter operirt hat. Es ist auch ein ganz abnormer Ausnahmefall, daß der Magistrat den Anträgen des Herrn Kunze gegenüber sofort auf neue Straßenregulierungen u. dgl. eingeht, während andere derartige Anträge nur sehr schwer beim Magistrat Gehör finden. Von der Bedingung der Abtretung von 12 Metern Fläche längs der Südfront des Schlosses für Terrassen ist in der Magistratsantwort gar nicht die Rede. Hoffentlich wird der Antrag Barth eine große Mehrheit finden. Die Bürgerschaft will nichts geschenkt haben. (Widerpruch.)

Stadtv. Meyer I beantragt die Vertagung, da der Antrag Barth zu weit gefaßt sei und erst gründlich erwogen werden müsse.

Stadtv. Sachs II spricht gegen die Vertagung, da es für die Versammlung sich bloß darum handle, zu erklären, daß sie mit Projektentwerfern und Projektentmachern nichts zu thun haben wolle.

Der Antrag auf Vertagung der Weiterberatung dieses Gegenstandes wird angenommen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, in die Anhebung der mit den Pächtern der Restaurationen in den Markthallen IX (Wälderstraße) und XII (Gesundbrunnen) abgeschlossenen Verträge zu willigen. Die Verträge sind f. B. auf drei Jahre abgeschlossen und laufen noch bis Ende September 1894 bzw. Ende Januar 1895. Beide Restaurationen sind in ihren bezüglich des Verlethes in den genannten Hallen und bezüglich des Restaurationsgeschäfts gehegten Erwartungen getäuscht worden; die Hallen sind von Händlern nur schwach besucht, auf eine Hebung des Verlethes ist vorläufig nicht zu rechnen, und von dem umwohnenden Publikum haben die Markthallen-Restaurationen keinen Zuspruch. Beide Pächter, von denen derjenige in Markthalle IX an Pacht und Wohnungsmiethe 10 000 M. zahlt, würden bei dem schlechten Geschäft pekuniär vollständig ruiniert werden.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats zu. Mit der vorgelegten Skizze zur Erweiterung des städtischen Oddas erklärt sich die Versammlung einverstanden. Danach sollen das Gebäude für nächtlich Oddachloß erweitert, eine Waschanstalt neu erbaut, dem Vordergebäude zwei neue Flügel in der Flucht der Hauptfront und zwei neue Seitenflügel an der Diesterweg- bzw. Wilsstraße zur Unterbringung von oddachlosen Familien angefügt werden.

Die Vorlage betr. die Vertheilung der im Jahre 1891/92 beim Lehrpersonal der Gemeindefschulen freitretenden Stellen auf die einzelnen Gehaltsstufen wird ohne Diskussion angenommen.

Der Entwurf zum Neubau einer Leichenhalle und eines Wächterhauses auf dem städtischen Grundstück an der Diesterwegstraße neben dem Parochialkirchhofe und den Kostenanschlag von 47 500 M. genehmigt die Versammlung, desgleichen das Projekt und den mit 419 000 M. abschließenden Kostenanschlag für den Neubau einer Gemeindepflichtschule auf dem Grundstück Wrangeistraße 183.

Der Magistrat theilt die in Gemäßheit des Beschlusses der Versammlung vom 7. April an den Reichskanzler gerichtete Vorstellung in Betreff des Gebrauchs der Schusswaffen seitens militärischer Wachposten im Wortlaut mit. Die Versammlung nimmt ohne Debatte davon Kenntniss.

Der Magistrat sucht bei der Versammlung unter detaillirter Mittheilung der Verwendungen des Erlöses aus der 35 Millionen-Anleihe von 1890 und unter spezifizirter Vorlegung der innerhalb der nächsten vier Jahre aus Anleihen zu beizureichenden städtischen Bedürfnisse die Zustimmung zur Aufnahme einer Obligationen-Anleihe von 70 Millionen nach. Bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1895/96 werden, wie der Magistrat veranschlagt, die bezüglich der Ausgaben für wirtschaftliche und industrielle Anstalten 71 706 984 M., für Kammereinzwecke 28 594 557 M., in Summa 100 301 541 M. getragen, wovon aus dem Bestande der Anleihe von 1890 noch 1 802 666 Mark gedeckt werden können. Der Bedarf stellt sich hiernach auf 98 998 855 Mark; doch sollen eintheilen nur sechzig Millionen aufgenommen werden, die jedenfalls für einen Zeitraum von einigen Jahren ausreichen werden, nach dessen Verlauf dann besser zu übersehen sein wird, wie sich die weiteren

Bedürfnisse für die Zukunft herausstellen und auf wie hoch und unter welchen Bedingungen eine fernere Anleihe zweckmäßig ist. Die Anleihe soll aufgenommen werden: I. für die Fortführung der Kanalisation, für Bauten der städtischen Wasserwerke, für den Bau von Markthallen, für Neu- und Erweiterungsbauten der städtischen Gasanstalten und des städtischen Zentral-Biehmarctes und Schlachthofes; II. für den Bau einer zweiten Irrenanstalt, einer Anstalt für Epileptische, für den Ausbau der Damm- und Mühlegebäude, für die Erbauung von Brücken, für die Umgestaltung des Mühlendamms und die Kanalisierung der Untersee, für die Anlegung bzw. Verlängerung der Kaiser Wilhelmstraße und Umgestaltung des Neuen Marktes, für den Hafen am Urban, für die Verlegung der Stettiner Eisenbahn, endlich für Straßenregulirungen aus Veranlassung der Errichtung der Stadtbahn.

Die Anleihe soll mit 3 1/2 pCt. verzinst werden und die Zinszahlung am 1. Januar resp. 1. Juli erfolgen, vom 1. Jan. 1897 soll die Amortisation mit 1 pCt. jährlich beginnen.

Stadtv. Kalisch beantragt Vorberatung der Anleihevorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtkämmerer Naas widerspricht diesem Antrage mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Genehmigung und weil im Ausschuss neues Material doch nicht gebracht werden könnte.

Stadtv. Kalisch hält Ausschuss-Beratung doch für angezeigt, da die Schuldenlast der Stadt rapide wachse und außerdem diesmal für Siechenhäuser und höhere Schulen in der Anleihe nichts verlangt sei. Ueber dieses richtige Prinzip, das der Magistrat jetzt anerkenne, müsse man sich im Ausschuss aussprechen.

Stadtv. Singer beantragt, bei der vorgerückten Stunde (nach 3 1/2 Uhr) die Vertagung des Gegenstandes bis zur nächsten Sitzung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtv. Singer: Nach dieser Ablehnung werden Sie nun schon noch einige Zeit aushalten müssen. Eine Beratung der Vorlage im Ausschuss halte ich mit dem Kämmerer für überflüssig, denn ob die Stadt Berlin eine Anleihe aufnehmen soll und wie hoch, diese Frage gehört ihrer Natur nach in die öffentliche Versammlung, weil die Bürgerschaft außerordentlich daran interessiert ist. Für uns, die wir hier die Mehrheit nicht haben, ist also eine eingehende erste Beratung das einzige Mittel, diese gründliche Erörterung herbeizuführen. Die Vorlage macht für die Verwendung der 70 Millionen durchaus sachgemäße Vorschläge. Ich begreife es mit dem Stadtv. Kalisch, daß der Magistrat jetzt auch das Prinzip anerkennt, Einrichtungen, welche durch das ständige Wachstum der Bevölkerung zu den laufenden Ausgaben gerechnet werden müssen, nicht mehr aus Anleihen zu decken. Ich rechne dahin Krankenhäuser, höhere Schule, z. Th. auch Brücken. Wäre nach diesem richtigen System schon bisher verfahren, dann hätten wir nicht eine so respectable Anleihe-schuld. Bedauerlicherweise aber ist diese Auffassung im Magistratskollegium nicht schon beim Etat zum Durchbruch gekommen. Der Magistrat hätte den Etat dazu benutzen sollen, um unter Berücksichtigung auf die Herabsetzung der Einkommensteuer in denselben Summen einzusehen und quasi als Sparfonds auszugestalten, aus welchen dann nach einigen Jahren für Krankenhäuser u. s. w. die Ausgaben zu bestreiten wären. Dieses Verfahren unter Beibehaltung eines nun einmal eingebürgerten Steuerzuges hätte sich für eine geordnete Finanzwirtschaft viel mehr empfohlen. Die Zeiten werden, namentlich nach der jetzt beliebten Herabsetzung, um 120-150 pCt. gebraucht werden. Ich will nur hoffen, daß die beiden Kollegien sich an dieser einmaligen Herabsetzung auf 70 pCt. werden genügen lassen. — Ich wünsche nun aber, die neue Auffassung über die auf Anleihen zu übernehmenden Ausgaben jedenfalls lieber noch lebendiger und schärfer zum Ausdruck gebracht zu sehen. Vielleicht theilt uns der Kämmerer die Auffassung des Magistrats mit. Im übrigen stimme ich der Anleihe zu, obwohl mir der Zinsfuß von 3 1/2 nicht der rechte zu sein scheint. Ich habe allerdings selbst in der Finanzdeputation für 3 1/2 gestimmt, weil ich mit meiner Anschauung allein blieb. Ich wiederhole aber, es ist gut, wenn wir uns darauf gefaßt machen, dem Vorgehen anderer Körperschaften zu folgen. Das Geld muß so billig beschafft werden wie möglich und die Stadt Berlin kann Geld wohl zu 8 pCt. erhalten.

Vorheber Stryp: Die Kontrolle meldet soeben, daß wir nicht mehr beschlußfähig sind.

Schluß gegen 9 Uhr.

## Tokales.

Herr Richter, der Wahrheitsfreund. Daß für den "Vorwärts" eingerichtete Schimpfregister der "Freisinnigen Zeitung" vom 5. Mai hatte eine Nummer mehr, als wir annahmen. Zerknirscht thun wir Wuße deswegen, daß wir die unerhörte Leistungsfähigkeit dieses Blättchens im Schelten unterschätzten. Außer der täglichen Erwidrerung auf unseren "wüllichen Angriff" gegen die deutschfreisinnigen Lotteriepatrioten ("Vorwärts", Nr. 104 vom 4., Nr. 105 vom 5. Mai) rempelt der Chef des Blattes den "Vorwärts" wie folgt an: "Renegaten sind anerkannter Weise die gefährlichsten Gegner derjenigen Anschauungen, welche sie früher vertreten haben. Seitdem im "Vorwärts" Renegaten, welche früher in der Redaktion der "Volks-Zeitung" thätig waren, das Wort führen, ist die Gefährlichkeit, mit welcher über freisinnige Dinge und die "Freisinnige Zeitung" gelogen wird, noch raffinierter geworden, als früher." Diese Behauptung der "Freisinnigen Zeitung" ist von Anfang bis Ende eine unverfälschte Lüge. Es ist unwar, daß irgend jemand von denen, die früher in der Redaktion der "Volks-Zeitung" thätig waren, im "Vorwärts" das Wort führen. Aber selbstverständlich sieht den durch schmähliche Mächenschaften der Kapitalistenklasse aus ihrer Stellung hinausgemehrten und gedonkelteten Redakteuren der früher gut demokratischen "Volks-Zeitung", den Opfern des Binden- und Fortschrittsklingels, unser Blatt zur Verfügung, wenn sie es zur Abwehr der schamlosen Angriffe jener bürgerlichen Klasse gebrauchen, die sich nicht damit begnügt, mißliebige Gegner brotlos zu machen, sondern sie auch hinterlistig verleumdet. Als die, welche ohne Grund Herrn Richter's Galle so sehr in Aufkruhr bringen, in der Redaktion der "Volks-Zeitung" thätig waren, denunzierte Herr Richter Tag für Tag — und zwar war das unter dem Ausnahmefesetz — die "Volks-Zeitung" dem Putzkamer als ein "sozialdemokratisches" Blatt. Und heute sind sie "Renegaten", weil sie, wie Richter mit jeder Stinne funkt, angeblich die Wortführer des "Vorwärts" sind. Der schmähliche Humburg, den Richter heute treibt, schließt sich würdig einer früheren Heidenthat dieses Genophanten an, die in dasselbe Kapitel gehört. Nach dem sozialistengesellschaftlichen Verbot der "Volks-Zeitung" nämlich haufte er mit der brühtigen Bier eines hofenhandelnden Schacherers jenes samofe Zirkular, das die Abonnenten der unterdrückten "Volks-Zeitung" in das Gumpelnetz der "Freisinnigen Zeitung" loden sollte. Das Geschäft über Alles! Daß die "Freisinnige Zeitung" in ihrer Begriffsverwirrung, die nur die Folge eines moralischen Defekts, Wahrheit und Lüge stets verwechselt, und unsere sachliche, wahrheitsgemäße an ihr und dem Deutschfreisinn geübte Kritik für "raffinirte Lügen" hält, ist ein unheilbarer organischer Fehler.

Feig. Die Maiseier, welche von den hiesigen Parteigenossen in Gehr. Walter's Rosen-See-Terrasse veranstaltet war, litt leider sehr unter dem schlechten Wetter und war infolge dessen auch der Jubrang nur ein geringer; ungefähr 500 Personen mochten sich eingefunden haben. Dessenungeachtet verlief das Fest in harmonischer Weise. Ein Prolog, gesprochen vom Genossen Röß, leitete die Feier ein. Vorträge dreier Gesangsvereine wechselten mit Konzertstücken und einigen bellamatorischen Vorträgen ab. Die Festrede war uns von Seiten der Behörde







